



**N i e d e r s c h r i f t**  
**über die 6. - öffentliche - Sitzung**  
**des Sonderausschusses zur Aufarbeitung der bisher gewonnenen Erkenntnisse**  
**aus der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie und - daraus schlussfolgernd -**  
**zur Vorbereitung auf künftige pandemiebedingte**  
**Gesundheits- und Wirtschaftskrisen**  
**am 22. Februar 2021**  
**Hannover, Landtagsgebäude**

Tagesordnung:

Seite:

1. **Themenblock 2:**  
**„Stand der Forschung über die Verbreitung und Übertragung;**  
**Konsequenzen für das öffentliche und das private Leben“**  
Einsetzungsbeschluss - Drs. 18/7603  
*Unterrichtung durch Minister Thümler..... 5*  
*Aussprache ..... 9*  
*Unterrichtung durch Staatssekretär Scholz..... 18*  
*Aussprache ..... 22*
2. **Aussprache zum Themenblock 2**  
*Aussprache ..... 27*
3. **Terminierung der Abläufe und Inhalte der nächsten Sitzungen ..... 33**

**Anwesend:****Mitglieder des Ausschusses:**

1. Abg. Kai Seefried (CDU), Vorsitzender
2. Abg. Markus Brinkmann (SPD)
3. Abg. Jörn Domeier (SPD) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
4. Abg. Deniz Kurku (SPD) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
5. Abg. Oliver Lottke (SPD)
6. Abg. Wiard Siebels (SPD)
7. Abg. Dr. Thela Wernstedt (SPD)
8. Abg. Dr. Karl-Ludwig von Danwitz (CDU) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
9. Abg. Christian Fühner (CDU)
10. Abg. Gerda Hövel (CDU) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
11. Abg. Sebastian Lechner (CDU) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
12. Abg. Jens Nacke (CDU)
13. Abg. Helge Limburg (per Videokonferenztechnik zugeschaltet) (zeitweise vertreten durch die  
Abg. Eva Viehoff (GRÜNE)
14. Abg. Christian Grascha (FDP)

**Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses:**

15. Abg. Julia Willie Hamburg (GRÜNE) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
16. Abg. Susanne Victoria Schütz (i. V. d. Abg. Dr. Stefan Birkner) (FDP)  
(per Videokonferenztechnik zugeschaltet)

Von der Landtagsverwaltung:

Beschäftigte Kahlert-Kirstein,  
Beschäftigte Stürzebecher,  
Dr. Lammers (wissenschaftliche Begleitung) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet).

Niederschrift:

Regierungsrätin March-Schubert (TOP 1 und 2),  
Redakteurin Harmening (TOP 1 und 2),  
Regierungsdirektor Pohl (TOP 3), Stenografischer Dienst.

**Sitzungsdauer:** 13.02 Uhr bis 15.34 Uhr.

**Außerhalb der Tagesordnung:***Billigung von Niederschriften*

Der **Ausschuss** billigte die Niederschrift über die  
5. Sitzung.

\*\*\*



Tagesordnungspunkt 1:

### Themenblock 2:

#### „Stand der Forschung über die Verbreitung und Übertragung; Konsequenzen für das öffentliche und das private Leben“

Einsetzungsbeschluss - Drs. 18/7603

#### Unterrichtung durch Minister Thümler

Minister **Thümler** (MWK): Ich freue mich, dass wir heute Gelegenheit haben, das forschungspolitische Umfeld im Zeichen der COVID-19-Pandemie zu beleuchten. Dabei gilt: Die Forschung an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Niedersachsen war im Jahr 2020 genauso wie die Wissenschaft weltweit nicht auf SARS-CoV-2 vorbereitet. Die starke Infektionsforschung in Niedersachsen sowie Erfahrungen aus den vergangenen 15 Jahren sorgten jedoch dafür, dass wir nicht bei Null beginnen mussten.

Vielleicht noch einmal zur Einordnung - das werden die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sicherlich schon deutlich gemacht haben -: Die Entwicklung von Impfstoffen dauert normalerweise zwischen 10 und 20 Jahren. Es ist ein Glücksfall gewesen, dass so schnell ein bzw. mehrere wirksame Impfstoffe gefunden wurden. Man kann auch sagen, dass das im Grunde genommen forschungsseitige - in Führungszeichen - „Abfallprodukte“ waren.

Dass nicht bei Null begonnen werden musste, gilt in besonderem Maße für das Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung (HZI) in Braunschweig. Die dortigen in europäischen und internationalen Netzwerken tief verwurzelten Forscherinnen und Forscher konnten ohne großen Zeitverzug aktiv werden. Forschung ist gerade in diesem Bereich international. Forschung ist auf Kooperation und Netzwerkbildung angewiesen.

Die Bilanz ist beeindruckend: Bis Mitte Januar 2021 wurden von PubMed, einer Datenbank für medizinische Fachartikel, international über 96 000 Fachartikel zum Thema COVID-19/SARS erfasst. Die Wissenschaft hat sich in der Krise als schnell und anpassungsfähig erwiesen und unkompliziert Ad-hoc-Lösungen entwickelt und präsentiert. Mehr Transparenz, schnellere Begutachtungen und mehr Austausch zeichnen die ver-

gangenen Monate aus. Sichtbar ist dies unter den Stichworten Open Access, Peer Review und Pre-Print-Server.

Auch in Niedersachsen wurde erhebliche Netzwerkarbeit geleistet. Dies gilt für das HZI, für die Medizinische Hochschule Hannover (MHH), das Zentrum für Experimentelle und Klinische Infektionsforschung TWINCORE sowie für viele personelle und programmatische Überschneidungen zwischen diesen Akteuren der Infektionsforschung. Dies ist auch deshalb möglich, weil durch die Linie „Holen und Halten“ im Niedersächsischen Vorab gewährleistet werden konnte, dass diese Spitzenkräfte der Infektionsforschung weiterhin in Niedersachsen tätig sind.

Die nationalen Netzwerke, etwa das Deutsche Zentrum für Infektionsforschung, das Deutsche Zentrum für Lungenforschung oder die NAKO mit ihrer Gesundheitsstudie, tragen jetzt ihren Teil dazu bei, dass sich unser Wissensgewinn über das Virus, die von ihm ausgelösten Erkrankungen und deren Verlauf enorm beschleunigt.

Als hilfreich erwies sich, dass eine Schließung von Hochschulen und Laboren im ersten Lockdown im Frühjahr 2020 vermieden werden konnte, sofern es Forschungsvorhaben betraf, die speziell mit COVID-19 zu tun hatten. Somit konnten in kurzer Zeit unmittelbar konkrete Ergebnisse präsentiert werden, was die Aufklärung von Mechanismen der Erkrankung und die Entwicklung neuer Therapiemöglichkeiten einschließlich der Entwicklung des dringend benötigten Impfstoffs angeht.

Dass viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Niedersachsen das mediale Gesicht dieser Krise geworden sind, zeigt, dass nicht nur die fachliche und die politische Öffentlichkeit dringend auf neue Informationen angewiesen waren, sondern dass die Beteiligten auch bereit waren, einer breiten Öffentlichkeit Rede und Antwort zu stehen. Die Rolle der Wissenschaftskommunikation kann dabei kaum überbetont werden. Verlorenes Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates, aber auch die Verlässlichkeit von Forschungsergebnissen werden künftig unsere wissenschaftspolitischen Entscheidungen noch wesentlich stärker vorprägen.

Folgende Beispiele aus der in Niedersachsen betriebenen Forschung will ich nennen:

Mit Mitteln aus dem ersten und zweiten Nachtragshaushalt 2020 ist es gelungen, bereits ab April/Mai vergangenen Jahres 16 Forschungsprojekte zu unterstützen. Hierzu wurden zunächst 16,2 Millionen Euro bereitgestellt. 15 Projekte befassen sich u. a. mit Genetik, Antikörpern, Impfstoffen und dem Wirkstoffscreening. Frühzeitig angelaufen ist auch ein Modellprojekt, das mit mobiler Corona-Analytik das Infektionsgeschehen an Hochschulen und in Unternehmen untersucht.

Zwei weitere Projekte erhalten Förderungen in Höhe von insgesamt 11,3 Millionen Euro. Dazu gehört ein weiteres Modellprojekt an Schulen, bei denen Schülerinnen und Schüler sowie das Lehrpersonal getestet werden.

Die Projekte sind auf 12 bis 24 Monate angelegt. Das bedeutet, dass es derzeit Stück für Stück zu verlässlichen Ergebnissen kommt.

Wie in der ersten Expertenanhörung am 18. Januar 2021 vorgestellt, gibt es aus Niedersachsen bereits Ansätze, um das Infektionsgeschehen schneller nachvollziehen zu können, und Ergebnisse für die nächste Stufe zur Entwicklung eines Antikörpers. Herr Professor Krause hat dazu im Wissenschaftsausschuss des Landtags das Programm SORMAS vorgestellt, mit dessen Hilfe die Kontaktnachverfolgung in den Gesundheitsämtern deutlich verbessert und vor allen Dingen bundeseinheitlich gestaltet wird.

Dieses Programm, das übrigens nicht für den Einsatz in Deutschland, sondern initial zur Nachverfolgung von Kontakten im Rahmen der zurückliegenden Ebola-Epidemie in Westafrika entwickelt wurde, ist mittlerweile zentraler Referenzpunkt der durch die Konferenz der Bundeskanzlerin und der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten verabschiedeten Empfehlungen.

SORMAS - das ist mir bewusst - ist, wenn ich das so salopp sagen darf, eben keine Eier legende Wollmilchsau und soll es auch nicht sein, sondern im Rahmen der Kontaktverfolgung notwendig, um die Bewegungsmuster der Menschen nachzuvollziehen und um beispielsweise auch regionale Infektionsherde, wie sie jetzt teilweise auch in Niedersachsen verstärkt auftreten, gezielt bekämpfen zu können.

Deswegen werbe ich sehr dafür, dass SORMAS auch in Niedersachsen flächendeckend eingeführt wird. Ich weiß, dass das für die Gesund-

heitsämter eine große Herausforderung ist. Deswegen bieten wir bei der Umsetzung und Implementierung von SORMAS unsere Hilfe an.

SORMAS kann, wie gesagt, nicht alles. Vielmehr geht es darum, dass es ein bundeseinheitliches System gibt, damit wir über verlässliche Daten verfügen, auch was die Nachverfolgbarkeit von Infektionswegen angeht.

Mit der Etablierung von COFONI, dem COVID-19-Forschungsnetzwerk Niedersachsen, haben wir als nächsten Schritt eine leistungsstarke Forschungsallianz geschaffen, die, aufbauend auf wissenschaftlicher Exzellenz, Antworten auf aktuelle und drängende Fragen zum Infektionsschutz der Bevölkerung geben wird. Dies gilt für Modelle zu antiviralen Strategien, für die digitale Infektionsmedizin oder die Immunmodulation und -kontrolle. Anspruch an COFONI ist es, in den nächsten Monaten und Jahren Erkenntnisse und Ergebnisse zu generieren, die zukünftiges Infektionsgeschehen besser einordnen und möglichst verhindern können.

COFONI hat noch im Januar seinen Bewilligungsbescheid erhalten und konzentriert sich aktuell darauf, eine zentrale Technologie-Plattform aufzubauen. Hierin sollen die übergreifenden Methoden und Modelle sowie Daten- und Biobanken mit maximaler Effizienz für alle Beteiligten zur gemeinsamen Nutzung zur Verfügung gestellt werden. Gleichzeitig wird an der Ausschreibung von Forschungsprojekten gearbeitet.

Warum ist diese Plattform so wichtig? - Ich will es noch einmal betonen: weil damit eine gemeinsame Datenbasis für alle Forschenden in diesem Bereich der Infektionsforschung sichergestellt werden kann und weil die Daten- und Biobanken, die dort zur Verfügung stehen, letztlich jeder Forscherin und jedem Forscher in diesem Bereich die Möglichkeit geben, sofort an den neuesten Erkenntnissen der Kolleginnen und Kollegen teilzuhaben.

Ende des vergangenen Jahres sind von den Hochschulen und Forschungseinrichtungen knapp 400 Projekte inklusive der niedersächsischen Förderungen mit direktem Bezug zu COVID/SARS-CoV-2 benannt worden. Die meisten Vorhaben wurden dabei von Drittmittelgebern, d. h. vom BMBF, der DFG, der EU und von privaten Stiftungen, finanziert. Gerade bei den Forschungseinrichtungen sind auch einige Vorhaben

durch rasche Umschichtungen aus den eigenen Budgets finanziert worden.

Zusätzlich erfreulich ist, dass hierbei nicht nur die experimentelle und klinische Seite, sondern auch die Auswirkungen der verschiedenen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung auf Wirtschaft und Gesellschaft eine Rolle spielen. Ich verweise hier u. a. auf Projekte in Hildesheim oder Osnabrück.

Nun zur Rolle der Wissenschaft in der Kommunikation.

Wir haben statistische Daten aus den USA, Simulationen aus London und epidemiologische Studien aus China gewürdigt. Dabei hat sich im Zusehen etwas bestätigt, was den Kern wissenschaftlichen Arbeitens ausmacht: Wissenschaft ist nie etwas Abgeschlossenes. Sie ringt um neue Erkenntnisse, sie äußert Zweifel. Und ja, sie schlägt manchmal auch Irrwege ein, korrigiert sich und sucht neue, bessere bzw. genauere Antworten. Dass diese Antworten unterschiedlich ausfallen können, ist auch in Ihren Anhörungen durchaus deutlich geworden.

Selten zuvor waren und sind wir so sehr auf die Wissenschaft angewiesen wie in der Corona-Pandemie. Selten zuvor haben wir auch derart vertiefte Einblicke in die Alltagspraxis der Forschung gewinnen können. Dabei wurde allerdings auch die Herausforderung einer populärwissenschaftlichen Aufbereitung von komplexen Abläufen deutlich. Wenn die notwendige Zeit zum Peer Review fehlt und neue Zahlen aus aller Welt kaum geprüft und eingeordnet quasi auf dem Küchentisch landen - der Stammtisch fällt ja pandemiebedingt gerade weg -, wird die Wissenschaftskommunikation umso wichtiger. Wir müssen das Verständnis für Forschung als einen Prozess, in dem auch Misserfolge letztlich zum gemeinsamen Ziel beitragen, wecken und stärken.

Die vielfach geäußerte Ansicht, dass man, wenn man zwei Wissenschaftler fragt, auch zwei Meinungen begegnet, ist im Zweifel richtig, dies befeuert den Diskurs und trägt dazu bei, die besten Lösungen zu finden.

Es ist aber nicht in Ordnung, obwohl es eine durchgängige Mehrheitsmeinung gibt, einen Wissenschaftler zu suchen, der dieser widerspricht, und zu sagen, die Mehrheitsmeinung gelte nicht,

da ja einer widersprochen habe; deswegen gebe es hier einen Dissens.

Ich glaube, auch im Verständnis, wie solche wissenschaftsgeleiteten Prozesse tatsächlich ablaufen, ist noch Luft nach oben. Deswegen müssen wir gemeinsam darauf achten, dass wir nicht auf jedes hingehaltene Papier anspringen, sondern uns genau überlegen, was man damit eigentlich sagen will.

Warum sage ich Ihnen das? - Gerade gestern Abend war ein gutes Beispiel in „Berlin direkt“ zu sehen. Frau Professor Brinkmann aus Braunschweig wurde zitiert, und ein anderer Wissenschaftler widersprach. Allerdings hatte dieser die Gelegenheit, diesen Widerspruch direkt im Fernsehen zu äußern, während Frau Dr. Brinkmann ihre Thesen nicht selbst darstellen konnte.

Das beschreibt schon das Problem, mit dem wir es zu tun haben. Denn die Thesen von Frau Dr. Brinkmann sind die Thesen der Mehrheit der Epidemiologen in dieser Frage. Einzelmeinungen klingen gut, lassen sich auch medial gut verkaufen, führen aber dazu, dass viele Leute eher noch desorientierter zurückbleiben, als sie es vorher möglicherweise schon gewesen sind.

Wir - ich schließe ich mich ausdrücklich ein - haben in den vergangenen Jahren oft mehr Wissenschaftskommunikation eingefordert. In den vergangenen Monaten hat die Wissenschaft in Artikeln und Podcasts, in den Talkshows wie auf Twitter mit großem Einsatz dokumentiert, was der aktuelle Stand des Wissens ist. Forscherinnen und Forscher haben mir berichtet, dass es ihnen nicht leichtgefallen ist, in kleinen Häppchen und sehr kurzen Worten über ihre Arbeit zu berichten.

Durch die Statements und Kommentare der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wurde deutlich, dass wir nicht zuletzt die Grundlagenforschung dieser Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler benötigen, um neue Phänomene wie SARS-CoV-2 zu verstehen, und das auch über diese Pandemie hinaus. Weil es weitere Virenübertragungen geben wird, müssen wir jetzt Forschung und Lehre stärken, um uns besser zu schützen, aber auch um die Prozesse besser zu organisieren, zu ordnen, zu erklären und möglicherweise auch selbst besser zu verstehen.

Was ergibt der Blick voraus? Hierzu fünf kurze Gedanken.

Erstens. Die durch SARS-CoV-2 ausgelöste Pandemie wird nicht die letzte Pandemie sein, die zu bewältigen ist. Ich sagte es gerade. Auch in den vergangenen Jahren hat es dazu nicht an Mahnungen aus der Wissenschaft gemangelt. Mit SARS-CoV-2 ist deutlich geworden, dass sich die Bedingungen für die Entwicklung von Viren und ihre Verbreitung in den vergangenen Jahren zugunsten der Erreger verbessert haben.

Was meine ich damit? - Der Mensch und „die Natur“ rücken enger zusammen. Das ist eine Tatsache, mit der wir uns beschäftigen müssen, beispielsweise mit Blick auf das Abholzen von Regenwäldern in Südamerika. Denn die natürlichen Barrieren, die es in der Vergangenheit gab, gibt es so nicht mehr, und eine Übertragung vom Menschen auf das Tier oder vom Tier auf den Menschen erfolgt deutlich schneller, als das in der Vergangenheit der Fall war. - Über die Zustände in China wollen wir an dieser Stelle lieber nicht sprechen.

Zur schnellen Reaktion auf solche Ereignisse benötigen wir ein gleichermaßen reaktionsfähiges wie resilientes Wissenschafts- und Forschungssystem, das in kürzester Zeit erhebliche personelle und infrastrukturelle Kapazitäten auf neue gesundheitliche Herausforderungen richten kann. Das ist für Niedersachsen in den vergangenen Monaten möglich gewesen; es ist unabdingbar, dies auch weiterhin sicherzustellen. Dies gilt jedoch auch für europäische und internationale Aktivitäten.

Zweitens. Unbefriedigend ist die Situation hinsichtlich der datenbezogenen Vernetzung zwischen Gesundheits- und Wissenschaftssystem. Welche Vorteile ein effizientes System von Gesundheitsdaten hat, konnte man an den Verhandlungen des Staates Israel mit den Impfstoffherstellern sehen. Trotz der erheblichen Steigerung in den datengetriebenen Lebenswissenschaften, trotz des Ausbaus der Bioinformatik, trotz der Medizininformatik-Initiative bestehen insoweit weiterhin bundesweit, aber auch in Niedersachsen erhebliche Bedarfe für die kommenden Jahre, und dies vor allem auch in finanzieller Hinsicht.

Aber Datennutzung bedeutet auch Datensicherheit und Datenethik. Erst wenn die Patientinnen und Patienten den Instrumenten und Verfahren der Datenanalyse vertrauen, können diese ihr tatsächliches Potenzial entfalten.

Sie alle wissen, dass wir z. B. über das Thema Gesundheitskarte in diesem Land seit Jahren und Jahrzehnten vortrefflich streiten. Jeder von uns hat eine solche Karte mit einem Chip. Die hinterlegten Daten sind überschaubar. Mir hat sich bis heute nicht erschlossen, warum unter der Datenschutz-Grundverordnung der Europäischen Union beispielsweise in Estland das Nutzen sämtlicher Daten möglich ist, während das in Deutschland nicht einmal im Ansatz weitergetrieben wird. Ich glaube, das ist eine Frage, die wir nach der Pandemie wirklich sorgfältig miteinander besprechen müssen, um hier zu besseren Ergebnissen zu kommen.

Drittens. Das wissenschaftliche Fundament in der Infektionsforschung ist stark. Noch nicht ausreichend vorhanden sind jedoch unternehmerische Initiativen, die in der Lage sind, diese Impulse aufzunehmen und in Produkte und Produktion zu überführen. Positive Beispiele wie YUMAB in Braunschweig dürfen nicht davon ablenken, dass das Thema der Ausgründungen und Start-Ups gerade im Bereich der Lebenswissenschaften noch stärker berücksichtigt werden muss.

Dies gilt insbesondere für die Produktion von Impfstoffen oder wirksamen Medikamenten. Niedersachsen ist als Standort hierfür gut geeignet. Wir müssen auch stärker in die Produktion gehen, wie wir jetzt gerade beim Impfstoff durchaus schmerzlich feststellen. Wenn man auf Bundesebene festlegt, dass Deutschland wieder zur Apotheke Europas werden soll, dann müssen alle Möglichkeiten genutzt werden, die dazu führen. So müssen Produktionsstätten, wie wir sie beispielsweise in der Verlängerung der Nutzung des Boehringer-Areals in Hannover haben, wahrgenommen und Projekte dann auch umgesetzt werden. Es kann nicht sein, dass viel Geld investiert wird und die Überlegungen dann nicht weiter vorangetrieben werden. Hier hat der Bund, wie ich finde, eine große Verantwortung und steht in der Pflicht. Wir stehen gern zur Verfügung, um mitzuhelfen, dass das gelingt.

Viertens. Wissenschaft und Forschung haben sich in der Krisensituation bewiesen. Vieles von dem, was im Hauruckverfahren eingeführt werden musste - von neuen digitalen Instrumenten über beschleunigte Begutachtungen bis hin zu neuen Netzwerken -, kann sich auch in der Post-COVID-Zeit durchaus bewähren.



Fünftens möchte ich Ihnen darlegen, welche Anträge wir für erfolversprechend und für lohnend halten, in den nächsten Monaten unterstützt zu werden.

Sie haben verfolgt, dass die Tierärztliche Hochschule Hannover mit einem Projekt die Einsatzmöglichkeiten von Corona-Spürhunden zur sicheren Durchführbarkeit von Großveranstaltungen geprüft hat. Wir möchten dieses Projekt, so Geld dafür zur Verfügung steht, unterstützen, weil wir es für unabdingbar halten, auch diese Möglichkeit zu nutzen.

Auch wird das HZI gemeinsam mit der NAKO mit einem Modul im Rahmen der prospektiven repräsentativen Studie zur Wirksamkeit der COVID-19-Impfkampagne in Niedersachsen einen Aufschlag machen, um zu schauen, wie die Impfung wirkt und wie die Ergebnisse aus der Impfung mit den unterschiedlichen Impfstoffen sind.

Sie haben gestern sicherlich die positiven Meldungen aus Israel verfolgt, denen zufolge der BioNTech-Impfstoff ein weiteres Anstecken zu 89 % verhindert. Dazu braucht es auch hier in Niedersachsen und in Deutschland Studien.

Ein Antrag zu einem Projekt, das das SOFI kreieren möchte, bezieht sich auf die Systematisierung sozialwissenschaftlicher Corona-Forschung am SOFI. Denn wir sehen, dass wir auch sozial- und gesellschaftswissenschaftlich auf der Höhe der Zeit bleiben und fragen müssen: Was macht Corona, und wie wirkt es sich auf unser gesellschaftliches Leben aus?

Mit diesem Ausblick will ich schließen. Ich danke Ihnen herzlich fürs Zuhören und stehe gern für Fragen zur Verfügung.

## Aussprache

Abg. **Dr. Thela Wernstedt** (SPD): Herr Minister, vielen Dank für den ausführlichen Bericht. Ich habe die Bitte, zwei Dinge näher auszuführen.

Zum einen habe ich mit Interesse wahrgenommen, dass Sie die Wissenschaftskommunikation mehrere Male angesprochen haben. Ich denke auch, jetzt ist der Zeitpunkt, darüber nachzudenken, wie Kommunikationsstrategien verfeinert und verbessert werden können, und eventuell auch

über Institute nachzudenken, die dieses Thema vertiefen können. Dies ist im Übrigen nicht nur in Corona-Zeiten eine wichtige Frage. Mit Blick auf die vielen Verschwörungstheorien, die im Zusammenhang mit der Pandemie aufgetreten sind und die auch das Wissenschaftssystem betreffen, sollte es uns allen ein Anliegen sein, in der Bevölkerung mehr Verständnis für wissenschaftliches Denken zu wecken. Wenn Sie hierzu noch ein paar Worte sagen könnten, wäre ich dankbar.

Nun zu meiner zweiten Frage. Wir haben uns auch im Rahmen der bisherigen Anhörungen schon Gedanken darüber gemacht, welche Möglichkeiten es gäbe, um die Forschung in einer solchen nationalen Krise gezielter und koordinierter darauf anzusetzen, Fragen zum Krisengeschehen zu beantworten, damit wir politisch noch besser steuern können. Vieles, was über Monate in der Pandemie gemacht worden ist, beruhte eher auf Einschätzungen und Mutmaßungen. Aber es ist wünschenswert, dass man das mehr auf Fakten basieren kann. Welche Möglichkeiten gibt es, deutschlandweit und europaweit, zu einer stärkeren Koordination zu kommen?

Minister **Thümmler** (MWK): Ich fange mit der zweiten Frage an. Die Vernetzung ist unter den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ohnehin sehr ausgeprägt. Das Thema der Infektionsforschung bezieht sich nicht nur auf Niedersachsen. Vielmehr gibt es ein bundesweites Netzwerk, in dem man wirklich sehr gut miteinander arbeitet und sich austauscht, und dies permanent und regelmäßig. Das Gleiche gilt auf der europäischen Ebene, auf der es durchaus auch Verbände und Zusammenschlüsse gibt.

Im Hinblick auf Corona muss aber gefragt werden, wie besser systematisiert werden kann, wie wir also die Forschungsvorhaben stringenter gemeinsam durchführen können, d. h. wie wir auch länderübergreifend zu gemeinsamen Forschungsansätzen kommen können.

Ich nenne dazu ein Beispiel. In der Quantentechnologie sind wir gerade im Begriff, bestimmte Dinge auch standort- und länderübergreifend zu untersuchen, bei denen bisher immer ein Wettbewerb gegeneinander geführt wurde. Ein solcher Wettbewerb ergibt aber keinen Sinn, wenn wir Lösungen für uns alle finden wollen. Ein gewisser Wettbewerb ist zwar nicht schlecht, aber er ist durchaus auch dazu geeignet, Geld eher in die

falsche Richtung zu investieren. Deswegen sollte man gerade das, was Corona und die Infektionsforschung insgesamt angeht, stärker bündeln.

COFONI ist unser Ansatz in Niedersachsen hierfür. Nachdem ich diese Idee geboren hatte, wurde sie sofort von den Forscherinnen und Forschern aufgegriffen. Sie haben sie sozusagen sofort zu ihrem Baby gemacht und gesagt, dies sei ein guter, richtiger Ansatz. Diese Plattform für datenbasierte Grundlagen ist also der richtige Weg. Würden andere Länder genauso vorgehen, stünde am Ende in Deutschland eine breite Datenbasis zur Verfügung, um Infektionsgeschehen zu beobachten. Die zweite Linie ist dann das europäische Netzwerk.

In diesem Zusammenhang komme ich auf SORMAS zurück, das man mit COFONI kombinieren könnte, um Bewegungsmuster zu untersuchen. Die US-Amerikaner haben aufgrund von Daten, die sie ausgelesen haben, das Individualverhalten der Menschen untersucht und festgestellt, in welchen Situationen sie sich zusammenballen und wo sie auseinanderlaufen, wo also eingegriffen werden muss und wo nicht. Das kann man so viel besser einschätzen und auch in Modellen herunterbrechen.

Auch wenn ich bekennender Föderalist bin, fände ich es gut, wenn wir hier eine einheitliche Software-Basis hätten; denn - das wissen wir - das Virus macht weder vor Ländergrenzen noch vor Parteigrenzen noch überhaupt vor irgendetwas halt. Sprich: Wenn man nicht aufpasst, trifft es jeden.

Die Erkenntnisse des Deutschen Bundestages, der vor einigen Jahren schon das Pandemie- bzw. Infektionsgeschehen von SARS und MERS untersucht hat, sind eine gute Grundlage. Diese kann man künftig als Maßstab nehmen, um zu üben.

Sie kennen den Katastrophenschutz, der regelmäßig und immer wieder übt. Bei der Frage, wie mit Infektionen umzugehen ist, bewegen wir uns sozusagen nur tastend voran. Das ist für alle, die in diesem Bereich tätig sind, schwierig. Ich glaube, dass wir diesbezüglich besser sein könnten, wenn wir unsere Lehren zögen und bestimmte Verfahren einübten.

Was die Wissenschaftskommunikation angeht, bin ich ganz bei Ihnen. Wir haben in den vergan-

genen drei Jahren erhebliche Mittel investiert, um zu untersuchen, wie man Fake News den Boden entziehen kann. Darauf gibt es keine abschließende Antwort, weil sich diese schneller verbreiten, als man sie stoppen kann. Woran liegt das? - Das liegt daran, dass die sogenannten sozialen Medien keine sozialen Medien sind, sondern dass in ihnen jeder schreiben kann, was er will. Das heißt, die Enthemmtheit ist sehr ausgeprägt. Dagegen kann man argumentativ schlecht angehen.

Es gibt Untersuchungen der Universität Oldenburg, aber beispielsweise auch aus Göttingen, die sich explizit mit diesem Phänomen und damit beschäftigt haben, wie Fake News entstehen, woher sie kommen und warum sie verbreitet werden. Diese Untersuchungen werden weitergeführt, genauso wie wir die bestehenden Kommunikationsstudiengänge jetzt auch daran ausrichten, dass stärker und einfacher über die Themen der Wissenschaft berichtet wird.

Das alles läuft unter dem Stichwort „Zukunftsdiskurse“. Dazu haben wir eine Ausschreibung über das Niedersächsische Vorab gemacht. Bei diesen Zukunftsdiskursen geht es also beispielsweise um die Bekämpfung von Fake News und auch um das Thema Wissenschaftskommunikation.

Eine letzte Bemerkung. Wir als Ministerium beginnen jetzt gerade mit einer neuen Reihe, die den Arbeitstitel „Wissen schafft Zukunft“ hat, um einen Beitrag zu der Frage zu leisten, was Wissenschaft eigentlich macht, und das in möglichst einfacher Sprache, sodass man den Inhalt gut versteht.

Abg. **Wiard Siebels** (SPD): Herr Minister, vielen herzlichen Dank für den ausführlichen und präzisen Vortrag. Ich habe drei kurze Nachfragen.

Erstens. Vielleicht haben Sie den aktuellen Sachstand zur Nutzung von SORMAS in Niedersachsen. Es könnte sein, dass das zumindest teilweise in den Zuständigkeitsbereich des Sozialministeriums fällt. Wir haben ja gleich noch Herrn Staatssekretär Scholz hier bei uns. Trotzdem würde mich interessieren, ob Sie Näheres dazu ausführen können.

Zweitens. Sie haben das Thema Datenschutz mit dem konkreten Bezug zur Nutzung der Gesundheitskarte angesprochen. Sehen Sie weitere, jetzt schon benennbare Punkte des Datenschutzes, die einer effizienten Bekämpfung der Pandemie

entgegenstehen? - Dass wir allgemein an allen möglichen Stellen bezüglich des Datenschutzes anecken, meine ich jetzt ausdrücklich nicht, sondern ich meine die Punkte, an denen wir explizit gegen den Datenschutz laufen und nicht weiterkommen.

Meine letzte Frage haben Sie schon teilweise beantwortet. Das war die Frage der Bündelung von Forschungsdisziplinen und Erkenntnissen auf Bundesebene - ich glaube, so gebe ich es korrekt wieder -, die wir in der Anhörung des Sonderausschusses erörtert haben. Es gab verschiedene Überlegungen, wo man das ansiedeln kann. Soweit ich mich erinnere, hat ein Anzuhörender berichtet, es sei sinnvoll, dies auf Bundesebene an das Ministerium anzugliedern, andere haben genau davon abgeraten. Vielleicht haben Sie noch einen Satz dazu übrig.

Minister **Thümler** (MWK): Gegenwärtig nutzen 20 Gesundheitsämter in Niedersachsen SORMAS. Mir ist bekannt, dass es einige Interessenbekundungsverfahren gab. Das hatte uns das HZI mitgeteilt. Inwieweit diese aber auch zu Verträgen führen, weiß ich nicht. Das weiß vielleicht Herr Scholz. Ansonsten können wir das aber auch gern beim HZI erfragen.

Der Datenschutz ist ein weites Feld. Gemeinhin schimpfen wir gern über den Datenschutz, weil das so einfach ist. Beim konkreten Handeln ist es meiner Meinung nach ein Problem, dass wir die Nachverfolgbarkeit kompatibler bzw. schneller machen müssen. Insoweit sind im Datenschutz durchaus bestimmte Hürden zu nehmen, was auch verständlich ist, weil es dabei um die persönlichen Daten Einzelner geht und die Freiheitsrechte der Menschen natürlich in keiner Weise eingeschränkt werden sollen.

Nur - das hat die Ausbreitung des Ebola-Virus in Westafrika gezeigt - kann man in einer bestimmten Phase - ich will das jetzt in Anführungszeichen sagen - nur eingeschränkt darauf Rücksicht nehmen; denn das Virus nimmt keine Rücksicht. Es kann sich auch zumeist nicht mit unseren ethischen Begriffen einverstanden erklären, es infiziert einfach. Wenn man wirksam dagegen vorgehen will, muss man sorgsam abwägen, zwar nicht der parlamentarischen Kontrolle entzogen, aber dennoch zu Maßnahmen kommend. Darüber, welche das im Einzelnen sind, müsste man künftig noch einmal reden.

Was die Bündelung von Forschung angeht, so habe ich mir, ehrlich gesagt, noch keine vertieften Gedanken darüber gemacht, ob man dies an das Bundesforschungsministerium oder an eine Wissenschaftseinrichtung angliedert. Für beides gibt es gute Gründe, aber in beiden Fällen gibt es auch Gründe dagegen.

Ein Beispiel hierzu. Das Bundesforschungsministerium hat der Charité in Berlin im Rahmen der universitätsmedizinischen Arbeit den Sonderauftrag gegeben, die Universitätsmedizin in Deutschland zu bündeln. Das ist nicht überall auf gleich große Zustimmung gestoßen, weil natürlich der, der es verwaltet, immer auch den Daumen darauf hat. Wenn dann keine wirklich transparenten und nachvollziehbaren Verfahren vorhanden sind, steht relativ schnell der Vorwurf im Raum, dass das Geld an die eine und nicht an eine andere Stelle fließt.

Das muss man ausschließen. Deswegen würde es sich z. B. anbieten, dies einer vom Ministerium eingesetzten wissenschaftlichen Kommission zu übertragen oder möglicherweise auch die Leopoldina damit zu beauftragen. In Deutschland gäbe es also durchaus Einrichtungen, die man in ihrem Bestand stärken könnte. Bei der Leopoldina ist, glaube ich, gesichert, dass es breit abgedeckt und auch im Fächerkanon breit getragen ist. Aber das müsste man sich noch einmal überlegen.

Abg. **Eva Viehoff** (GRÜNE): Ich beginne mit dem, was Sie gerade angesprochen haben, nämlich mit der Frage, wie breit die Forschungsgelder, die z. B. durch die Charité vergeben werden können, vergeben werden. Im Ausschuss wurde bereits deutliche Kritik daran geäußert, dass das eher medizinische Forschung ist, und alles, was nicht genau in dieses Raster passt, keine Mittel bekommt.

Sie haben bei Ihren fünf Punkten erwähnt, dass das SOFI ein sozialwissenschaftliches Projekt beantragt hat und sehr wahrscheinlich auch bewilligt bekommt. Wir haben es in den Nachrichten aktuell immer wieder mit Fragen zur Arbeitswissenschaft und mit der Frage von Corona und Arbeitsplätzen zu tun. Christian Drost thematisiert immer wieder, dass wir nicht genau wissen, wo sich die Menschen anstecken. Der Bereich der Arbeit - so ist mein subjektiver Eindruck - wird diesbezüglich etwas ausgenommen. Können Sie

sagen, ob es hierzu Ideen oder vielleicht sogar schon Projekte gibt?

Meine zweite Frage betrifft die Wissenschaftskommunikation, die eine sehr große Bedeutung bekommen hat, aber zurzeit auch die Problematik hat, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf der ganzen Welt ihre Studien nicht erst für ein Peer Review auf den Schreibtisch legen, wie das eigentlich üblich ist, sondern dass die Ergebnisse schon häufig vorher öffentlich werden. Hierdurch gerät die Wissenschaftskommunikation oftmals in die Kritik. Wenn eine Studie schon ein bisschen älter ist und noch einmal überarbeitet wurde, weil es noch Fragen aus dem Peer-Review-Prozess gab, wird gesagt: Die Wissenschaft weiß auch nicht genau, was sie will und woran es liegt.

Muss man die Wissenschaft nicht fast schon ein wenig schützen, damit die Öffentlichkeit nicht auf jede Zahl und auf jede Statistik springt und solche Zahlen und Statistiken nicht alle zwei Tage durch die Presse gejagt werden? Denn das ist, wie ich finde, einer guten Wissenschaftskommunikation in dieser Zeit nicht zuträglich.

Minister **Thümler** (MWK): Ich fange mit Ihrer letzten Bemerkung an, mit der Sie recht haben. In Deutschland gibt es nicht diesen systematischen Austausch zwischen Wissenschaft, Politik und Wirtschaft, wie es ihn beispielsweise in Amerika gibt. Dafür gibt es historisch viele - gute und auch weniger gute - Gründe. Jedenfalls sind diese Systeme hier relativ stark voneinander getrennt. Das führt immer dann zu Problemen, wenn diese Systeme beginnen, sich zu überlappen. Wenn also die Wissenschaft stärker in den Fokus und damit auch in den politischen Bereich hineinkommt, wird es immer problematisch, weil dies sofort auch einen großen Teil der Öffentlichkeit erreicht.

Viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben inzwischen gemerkt, dass die Luft oben doch ziemlich dünn ist. Ich sage: Morddrohungen gegen Herrn Drost oder auch gegen andere gehen gar nicht. Das ist ein völliges No-Go und verunsichert Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sagen: Wir machen das ja nicht, um die Leute zu verärgern, sondern wir befinden uns in einem Prozess des Erkenntnisgewinns, der natürlich voranschreitet, und deswegen müssen wir die Bewertung von Ergebnissen auch darstellen.

Der Politik wird gelegentlich vorgeworfen, sie sei intransparent und beziehe die Menschen nicht in ihre Entscheidungswege mit ein. Die Wissenschaft ist in Teilen anders aufgestellt, weil sie diskutiert, und das auch breit und weltweit. Dass sie, bevor ein Paper entsteht, Teilergebnisse schon ausbreitet und diskutiert, ist sozusagen der gute wissenschaftliche Prozess.

Wissenschaftler sind kein Freiwillig und nicht zum Abschluss freigegeben. Politik und Gesellschaft müssen die Wissenschaft auch ein Stück weit schützen, weil wir gemeinsam in einem Boot sitzen. Die Erkenntnisse aus der Wissenschaft helfen uns, zu Entscheidungen zu kommen. Wissenschaft ersetzt keine politische Entscheidung, sondern am Ende müssen immer noch Politikerinnen und Politiker entscheiden. Bei diesem Grundsatz muss es auch bleiben. Die Wissenschaftler wollen es übrigens auch gar nicht anders. Sie mischen vielleicht gern mit, aber sie wollen auf keinen Fall entscheiden. Sie geben Ratschläge und Hinweise. So muss man das wohl einordnen.

In dem von Ihnen angesprochenen Projekt des SOFI ist die Arbeitssoziologie Kernbestandteil dessen, was untersucht werden soll. Geplant ist, sozialwissenschaftliche Corona-Forschungen zu bündeln und ein Corona-Monitoring aufzubauen, um mittelfristig eine beratende Rolle in der Gesellschaft einzunehmen.

Eine solche Systematisierung wäre für einen gesamtgesellschaftlichen Prozess wichtig, der sich dem sozialen Zusammenhalt, der Daseinsvorsorge und auch der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse widmet und das Ganze auch über betriebliche Veränderungen bis hin zur Digitalisierung der Arbeit in den Fokus nimmt.

Abg. **Christian Grascha** (FDP): Vielen Dank für Ihre Ausführungen, Herr Minister. Ich habe zu dem einen oder anderen Punkt eine Nachfrage, möchte aber zuvor etwas zum Thema Wissenschaftskommunikation sagen.

Ich war ein wenig irritiert, Herr Minister, dass Sie „Berlin direkt“ als Beispiel genannt haben. Mir ist nicht klar, was aus dem, was Sie gesagt haben, in der Praxis folgt. Heißt das, dass Wissenschaftler, die anderer Auffassung sind, nicht mehr zu Wort kommen sollen oder nicht mehr zu Wort kommen dürfen? Das müssten Sie erklären.

In verschiedenen Feldern gibt es eine vorherrschende Meinung, und diese könnte man bei solchen Berichterstattungen kenntlich machen. Aber Wissenschaft ist ja keine demokratische Veranstaltung, bei der mehrheitlich abgestimmt wird, sondern es gibt nun einmal unterschiedliche Auffassungen. Der Diskurs führt möglicherweise am Ende dazu, dass sich die wissenschaftlichen Erkenntnisse weiterentwickeln.

Vielleicht müssen wir bei dieser Frage eher zwischen Wissenschaft und Wissenschaftskommunikation unterscheiden. Die Wissenschaft soll in dem Feld, in dem sie evidenzbasierte Erkenntnisse hat, Politikberatung betreiben, und die Kommunikation ist möglicherweise auf einem anderen Feld, beispielsweise im Bereich des Wissenschaftsjournalismus, zu suchen.

Ich habe den Eindruck, dass es im Moment ein gewisses Problem darstellt, dass die Wissenschaft selbst vielfach in der Kommunikation arbeitet, dass aber gerade in dem Feld der Virologie, das uns im Moment besonders beschäftigt, die meisten von Kommunikation keine Ahnung haben, dass sie zwar in ihrem Feld Experten sind, aber die Kommunikation für sie eher ein neues Feld ist, wenn man es vorsichtig formulieren will.

So viel als Eingangsstatement zur Wissenschaftskommunikation. Übrigens sollte man diesbezüglich einmal die Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks beleuchten. Dieser ist ja sozusagen unsere erste Anlaufstelle, wenn es darum geht, Wissenschaftskommunikation und Wissenschaftsjournalismus auszubauen bzw. zu hinterfragen, ob diese Dinge dort genügend zu Hause sind.

Nun habe ich eine Frage dazu, wie wir eigentlich mit wissenschaftlichen Erkenntnissen umgehen. Eines ist mir noch nicht klargeworden, Herr Minister. Nehmen wir als Beispiel die Bereiche Museum und Theater, für die Sie originär zuständig sind. Inwiefern werden die wissenschaftlichen Erkenntnisse, die Sie haben oder von denen Sie zumindest hoffen, dass Sie sie bekommen, in Ihren politischen Entscheidungsprozess einbezogen? Sprich: Wenn wir z. B. Infektionswege in Museen oder Theatern kennen und möglicherweise durch wissenschaftliche Beratung, weil Empfehlungen ausgesprochen werden, auch Schutzvorkehrungen kennen, inwiefern fließen diese Erkenntnisse in den Entscheidungsprozess mit ein?

Nun zu meiner zweiten Frage. Sie haben verschiedene Forschungsfelder vorgestellt, die sicherlich auch bundesweit zu finden sind. Mir stellt sich immer noch die Frage - das ist ein Punkt, den wir auch am ersten Tag der Anhörung der Wissenschaftler angesprochen haben -, ob diese Forschungsergebnisse tatsächlich an einer zentralen Stelle zusammenfließen. Nach meinem Eindruck gibt es eher ein Bottom-up-Prinzip. Aber eigentlich müssten wir gerade bei solchen doch sehr drängenden Entscheidungen ein Top-down-Prinzip haben, nach dem Motto: Die Politik muss sagen, was sie im Moment braucht, und dann muss es dazu entsprechende wissenschaftliche Arbeit geben. Vielleicht können Sie dazu etwas sagen.

Meine dritte Frage bezieht sich ebenfalls auf die wissenschaftlichen Erkenntnisse. Sie haben sich sehr stark auf die Virologie, auf die Infektionsforschung etc. konzentriert. Bei der politischen Entscheidungsfindung braucht es aber zumindest nach meiner festen Überzeugung viel mehr interdisziplinäre Ansätze. Wie sehen Sie das? Inwieweit könnte man einen interdisziplinären Forschungsansatz forcieren, um der Politik am Ende ein breiteres Beratungsspektrum zur Verfügung zu stellen?

Minister **Thümler** (MWK): Ich komme auf Ihre Eingangsbemerkung zurück. Wenn der Eindruck entstanden sein sollte, dass ich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mundtot machen will, die nicht die Mehrheitsmeinung haben, dann bin ich falsch verstanden worden. Das ist ausdrücklich nicht mein Petitem. Mir ging es nur darum, dass wir in der Darstellung durch die Medien vorsichtig sein müssen und nicht sagen sollten: Herr Meyer hat A gesagt, Frau Müller sagt aber jetzt B. Was ist richtig? - Das kann die Gesellschaft am Ende nicht entscheiden. Deswegen muss man bei der Darstellung aufpassen.

Man kann bei allem jemanden finden, der die Meinung trägt, die man gerade selbst hat. Das kennen wir aus dem politischen Diskurs. Dort ist es genauso. Im Wissenschaftlichen müssen wir aber aufpassen, dass diese Mindermeinungen - es gibt auch extreme Mindermeinungen, die nur von einer Person vertreten werden - nicht hochstilisiert werden und die Menschen, die ohnehin schon alle durcheinander sind, noch weiter durcheinanderbringen. Jede weitere Verunsiche-

rung trägt nicht dazu bei, das eigene Wohlbefinden zu steigern. Darum ging es mir.

Das schließt im Grunde genommen an das an, was Sie weiter gesagt haben, dass wir bei der Wissenschaftskommunikation abgewogen handeln müssen. Nicht alle Wissenschaftler haben Kommunikation gelernt. Sie sind genau wie wir mit der Pandemie ins kalte Wasser geworfen worden und müssen Antworten auf Fragen geben, die ihnen gestellt werden. Das macht es schwierig.

Ich will etwas, was ich gut finde, nur stellvertretend herausgreifen. Die HAZ hat - andere mögen das auch tun - wieder angefangen, einmal in der Woche eine Seite zur Wissenschaft zu gestalten. Das ist deswegen ausgesprochen zu begrüßen, weil damit auch im Rahmen des Wissenschaftsjournalismus deutlich wird, dass es wieder Spezialisten gibt, die sich mit diesem Thema beschäftigen. Das finde ich gut, weil dadurch eine größere Fundiertheit in das Ganze hineinkommt.

Nun zu Ihrer Frage bezüglich der Museen und Theater, bezüglich der Aerosolforschung. Die Erkenntnisse kennen wir. Das, was Herr Bodenschatz mit dem Max-Planck-Institut gemacht hat, hat er in Teilen auch in unserem Auftrag gemacht, und die Ergebnisse sind in die Überlegungen der Kulturminister der Länder eingeflossen. Unsere Kulturabteilungsleiterin, Frau Fischer, die auch dem Kulturausschuss der KMK vorsitzt, hat diese Ergebnisse aktiv in die Überlegungen der Kulturministerkonferenz eingebracht, um sie jetzt auch in einem Papier deutlich werden zu lassen. Das kann man nicht unbedingt sehen, weil es darin nicht so genau dort steht. Aber im Grunde genommen sind die Erkenntnisse von Herrn Bodenschatz eine der Grundlagen dafür, bei Kunst und Kultur zu Öffnungsszenarien zu kommen.

Sie haben auch nach einer Bündelung der Ergebnisse gefragt. Es gibt weitere Studien, die schon im vergangenen Jahr in Baden-Württemberg gemacht worden sind, und es gibt Studien von der Fraunhofer-Gesellschaft, die ebenfalls in die Überlegungen eingeflossen sind.

Nun zu Ihrer Frage nach dem interdisziplinären Ansatz. Das ist genau das, was wir mit COFONI machen. Das COVID-19-Forschungsnetzwerk Niedersachsen ist ja nicht nur ein Netzwerk von Infektionsforschern zur Corona-Forschung, sondern ist im Grunde genommen eine interdisziplinäre

Veranstaltung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus unterschiedlichen Bereichen, sowohl aus der Medizin als auch aus der Physik als auch aus der Chemie als auch aus den lebenswissenschaftlichen Bereichen. Es ist also sehr übergreifend. Davon versprechen wir uns eine breitere Aufstellung in dem Sinne, wie Sie es gesagt haben: um interdisziplinäre Lösungsansätze, also Lösungsansätze zu entwickeln, die sich nicht nur mit einer Frage beschäftigen.

Ich glaube ohnehin, dass viele Fragen der zukünftigen Herangehensweisen nur interdisziplinär zu lösen sein werden und nicht fachwissenschaftlich lösbar sind.

**Dr. Lammers** (wissenschaftliche Begleitung): Vielen Dank für Ihre Ausführungen, Herr Minister. Die Experten, die wir bisher gehört haben, haben dem Wissenschaftsstandort Niedersachsen alle eine gewisse „Pandemiestärke“ attestiert. Zwei Aspekte sind dabei immer wieder genannt worden, zu denen ich um Ihre Einschätzung bitte.

Zum einen - das haben wir schon zwei-, dreimal in Ansätzen besprochen - wurde gesagt, in Krisenzeiten fordere man mehr Koordination in Forschung und Wissenschaft, und Dirigismus sei in Krisenzeiten vielleicht ausnahmsweise einmal angezeigt, auch wenn dies sonst selbstredend eher nicht der Wunsch der Forschung sei.

Der zweite Punkt ist heute noch gar nicht angesprochen worden. Mehrere Experten haben bemängelt, dass sich Hochschulen und Universitäten in den vergangenen Jahren immer stärker an der Drittmittelforschung ausgerichtet haben, mit der Folge, dass viele Mitarbeiter projektgebunden sind und im Falle einer Pandemie nicht plötzlich in dann wichtigere Projekte wechseln können. Daher sollte die Grundfinanzierung der Hochschulen, der Universitäten und der Wissenschaft insgesamt wieder im Fokus stehen. Vielleicht können Sie auch dazu etwas sagen, Herr Minister.

Minister **Thümler** (MWK): Was Ihre erste Frage betrifft, so kann ich nachvollziehen, dass sich der eine oder andere mehr Dirigismus wünscht. Aber ich glaube nicht, dass das die Lösung ist. Das Wissenschaftssystem ist viel zu divers, als dass man etwas par ordre du mufti anordnen könnte. Insoweit wäre ich vorsichtig.

Was die Forschung über Drittmittel betrifft, so vergeben wir auch viele staatliche Gelder an

Drittmittelprojekte. Das macht das Land nicht anders als der Bund oder auch die Europäische Union, um damit eine bestimmte Form des Wettbewerbs aufrechtzuerhalten. Es hat sich aber bewährt, dass man in Linien denkt.

Niedersachsen hat in den vergangenen 20 Jahren nachhaltig in die Infektionsforschung investiert, unabhängig davon, welche Landesregierung am Ruder gewesen ist. Alle haben sich auf diesem Strang weiterbewegt, wissend, dass sie damit eine Linie verfolgen, die sich irgendwann auszahlt. Man kann sagen, es hat auch in anderen Bereichen wie den Lebenswissenschaften oder der Quantentechnologie funktioniert, nicht nur monoton Geld als Zweit- oder Drittmittel zu vergeben, sondern gezielte Grundlagenforschung zu ermöglichen. Die Stärken zahlen sich dann unterschiedlich aus.

Falls die Frage darauf abzielte, ob wir mehr Geld im Wissenschaftssystem brauchen, kann ich dies nur mit einem Ja beantworten. - Der Kollege Scholz, der gerade entsetzt schaut, wird mir zustimmen, dass dies auch für den Gesundheitsbereich gilt.

Abg. **Markus Brinkmann** (SPD): Herr Minister, ich will mich auf das Thema Sozialprofil beschränken. Bestätigt durch Anhörungen, die wir in der Vergangenheit durchgeführt haben, habe ich den Eindruck, dass wir einen besonderen Schwerpunkt auf die medizinische Seite legen, auf Forschung in der Virologie und Ähnliches, und dabei Untersuchungen hinsichtlich der Frage, wie und in welcher Form sich das Sozialprofil des Infektionsgeschehens darstellt, vernachlässigen.

Dabei geht es ja nicht nur darum, in welchen Bereichen und bei welchen Personen bzw. Personengruppen sich das Virus vielleicht in besonderer Weise verbreitet und was Betriebsparteien oder andere tun können, um dies einzugrenzen. Vielmehr geht es auch um die Frage, ob es besondere Personengruppen gibt, die in erste Linie von dem Infektionsgeschehen betroffen sind. Das muss nicht im klassischen medizinischen Sinne der Fall sein, sondern das kann vor allem auch in sozialpolitischer Hinsicht der Fall sein.

Daher wäre es interessant, nicht nur zu untersuchen, welche Gruppen das betrifft, sondern auch zu schauen, wie man dem wirkungsvoll mit unterschiedlichen Instrumenten begegnen kann.

Ich würde mir wünschen, dass wir auch in dieser Hinsicht Forschungsprojekte anstoßen, begleiten, gegebenenfalls auch finanzieren oder auch Anreize schaffen, damit auf Bundesebene oder darüber hinaus solche Initiativen ergriffen werden. Diese müssen natürlich eine breite Datenbasis haben, und ich bin mir auch völlig im Klaren darüber, dass wir hierbei erneut an bestimmte Grenzen stoßen, die Herr Siebels schon angesprochen hat und die z. B. etwas mit dem Datenschutz zu tun haben. Aber ich würde mir wirklich wünschen, dass wir die Sozialforschung im Zusammenhang mit dem Coronavirus zu einem weiteren zusätzlichen Schwerpunkt entwickeln könnten. Ich halte das für dringend notwendig.

Minister **Thümler** (MWK): Die Sozialmedizin ist nicht unbedingt eine Stärke Deutschlands. Das hat etwas mit sehr großen datenschutzrechtlichen Problemen zu tun, aber auch mit den historischen Hinterlassenschaften einer bestimmten Zeit, die uns noch prägen.

Dennoch haben wir das SOFI im Rahmen der jetzigen Förderung im Zusammenhang mit Corona, aber auch schon davor gebeten, eine Studie durchzuführen. „Gleichwertigkeit - Mehr als eine gute Idee?!“, heißt das Projekt. Darunter sind elf Vorhaben von Niedersachsens Hochschulen und Forschungseinrichtungen im Rahmen dieser Zukunftsdiskurse, die ich vorhin schon erwähnt habe, zusammengefasst, um z. B. das Thema der Digitalisierung der Arbeitswelt oder das Thema Einwanderungsgesellschaft zu untersuchen, aber auch der Frage nach der Zukunft der Dörfer und der Frage nach gleichwertigen Lebensverhältnissen nachzugehen und zu schauen, wie die Gesellschaft mit bestimmten Sachverhalten umgeht.

Das SOFI wird somit eine Art Gleichwertigkeitsstudie durchführen. Ich glaube, dass wir aufgrund dieser Daten durchaus herausfinden können, welche soziologischen Gruppen in Niedersachsen stärker bzw. weniger stark von der COVID-19-Pandemie betroffen worden sind.

Abg. **Oliver Lottke** (SPD): Herr Professor Welte äußerte in der jüngsten Anhörung die Sorge, dass zukünftig viele Forschungsgelder bei der Charité landen. Das ist tatsächlich die Frage, aber dazu haben Sie schon etwas gesagt, Herr Minister.

Ich möchte das, was Herr Siebels und Herr Brinkmann thematisiert haben, bekräftigen. Brauchen wir nicht auch einen intensiveren Diskurs

zwischen Wissenschaft und Datenschutz, um den Nutzen abzuwägen und zu klären - ich überspitze einmal -, was uns eine vorübergehende Einschränkung des Datenschutzes an Erkenntnisgewinn bringt und ob sie uns nicht eine schnellere Rückkehr zur gewohnten Freiheit bringen kann? Wie erleben Sie die Diskussion, und welche Haltung haben Sie hierzu?

Wir reden über SORMAS, über Sozialprofile, darüber, wo Infektionen entstehen, sagen, worüber es noch zu wenige Erkenntnisse gibt, und lassen meines Erachtens ein Instrument, nämlich die App, die wir haben, ein wenig fahrlässig links liegen. Wäre es aus Ihrer Sicht nicht sinnvoll, zumindest für eine gewisse Zeit den Datenschutz ein wenig herunterzuschrauben, meinerwegen auch monatlich eingeschränkt, um weitere Erkenntnisse zu gewinnen, die wir für die weitere Pandemiebekämpfung aus meiner Sicht unbedingt benötigen?

Minister **Thümler** (MWK): Zunächst zu den Forschungsmitteln und zur Charité. Nicht, dass das falsch verstanden wird. Wir haben volles Vertrauen in die Charité und gehen davon aus, dass immer alle gleichmäßig und gut bedient werden. Ich will das fürs Protokoll klarstellen, nicht dass jemand sagt, Thümler behaupte, die Charité behalte Gelder der Universitätskliniken in Deutschland für sich. Das tut sie natürlich nicht.

Die Frage, die dahintersteht, lautet: Ist es richtig, dass man ein Universitätskrankenhaus damit beauftragt, die Gelder für alle anderen zu verteilen? Diese Frage kann man durchaus stellen. Wenn es anders sein soll, müsste man eine Struktur mit einer Art Board schaffen, das sich aus unterschiedlichen Universitätsmedizinern in Deutschland zusammensetzt und dazu beiträgt, die Mittel vernünftig zu vergeben.

Was die Frage nach der Wissenschaft und dem Datenschutz angeht, so glaube ich nicht, dass wir unbedingt den Datenschutz einschränken müssen. Vielmehr müssen wir dafür sorgen, dass er mitarbeitet. Man muss ihn also von Anfang an einbeziehen und fragen und nicht später feststellen: Hätten wir gefragt, dann hätten wir auch eine Lösung. Das heißt, viele Fragen des Datenschutzes klären sich, wenn man mit den Datenschützern darüber spricht und Möglichkeiten findet, wie etwas im Rahmen des Rechtlichen doch machbar ist.

Sie teilen wahrscheinlich unseren Eindruck, dass viele ihre Daten lieber Facebook oder Amazon oder wem auch immer anvertrauen, als sie dem Staat zu geben. Damit muss man wahrscheinlich leben, das macht aber das Leben gerade bei einer Pandemiebekämpfung nicht wirklich einfacher. Deswegen glaube ich, dass wir hierbei zu einer vernünftigen gemeinsamen Vorgehensweise kommen müssen. Das bedeutet die frühe Einbeziehung des Datenschutzes.

Bei den Nationalen Kohorten, von denen wir auch eine in Hannover haben, läuft die Datenerhebung nach dem Datenschutzgesetz bereits völlig unproblematisch.

Ich würde also kein Petikum dafür abgeben, den Datenschutz einzuschränken. Vielmehr müssen wir verschiedene Bereiche der Versicherungsmedizin, des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) und der Arbeitsmedizin zusammen denken und zusammenführen. Deshalb habe ich vorhin das Beispiel Estland genannt, wo sich dies alles im Grunde genommen in einem Datenschutzbereich befindet und man datenschutzkonform nach der gleichen europäischen Datenschutz-Grundverordnung arbeitet, die auch für Deutschland gilt - nur dass uns diese Daten eben nicht alle zur Verfügung stehen, wohingegen sie dort zusammengeführt werden können. Meines Wissens ist es in den Niederlanden und in Skandinavien genauso wie in Estland.

Insoweit können wir sicherlich besser werden. Das ist auch eine konkretere Antwort auf die Frage von Herrn Siebels. An diesen Schnittstellen ist es meiner Meinung nach sinnvoll, Dinge möglich zu machen, die heute im Grunde schon möglich wären.

Abg. **Jens Nacke** (CDU): Herr Minister, herzlichen Dank für Ihren Vortrag. Aus dem, was wir in unserer Anhörung von den Wissenschaftlern gehört haben, sind aus meiner Sicht zwei Aspekte deutlich geworden, die aber auch offenkundig sind, wenn man sich mit Wissenschaftspolitik befasst.

Zum einen sind wissenschaftlich tätige Personen nicht dazu angehalten, ihre Meinung einem Kompromiss zuzuführen oder andere Positionen in ihre Meinung einfließen zu lassen. Davon, dass dies so ist, lebt Wissenschaft. Daraus ergibt sich allerdings der Vorwurf, dass in politische Entscheidungen nicht die gesamte Bandbreite wis-



senschaftlicher Erkenntnisse einfließen kann - das liegt in der Natur der Sache - und politische Entscheidungsträger möglicherweise dazu neigen, jene wissenschaftlichen Positionen als Beleg heranzuziehen, die die eigene politische Entscheidung besonders intensiv untermauern.

Der zweite Hinweis, der sich aus unserer Anhörung ergeben hat, ist, dass in dem Moment, in dem bei politischen Entscheidungen besonders intensiv auf den medizinischen oder vielleicht sogar auf den virologischen Aspekt abgestellt wird, andere Disziplinen, die vielleicht zu einem anderen Ergebnis kommen würden, zu wenig berücksichtigt werden und deswegen Entscheidungen zwar aus der einen Sicht richtig sind, aber - auch diesen Vorwurf kennen wir aus der politischen Diskussion - an anderer Stelle erheblichen Schaden anrichten.

Gibt es denn schon eine Diskussion darüber, wie bei zukünftigen Ereignissen oder insgesamt sichergestellt werden kann, dass sich die politische Beratung nicht den Vorwurf gefallen lassen muss, einseitig zu sein oder nicht alle Aspekte sowohl in der Bandbreite der Meinungen als auch in den unterschiedlichen Disziplinen zu berücksichtigen?

Minister **Thümmler** (MWK): Mir ist davon nichts bekannt. Ich weiß, dass im Kreis von Wissenschaftlern darüber gesprochen wird und dass es Beispiele aus anderen Nationen gibt. In Taiwan z. B. hat man schon sehr früh und seit geraumer Zeit ein System etabliert, bei dem Wissenschaft, Politik und Gesellschaft sehr stark miteinander verwoben werden, wenn es zu einem Problemfall wie einer Pandemie kommt. Die Ergebnisse zeigen, dass das im Prinzip sehr gut funktioniert. Ich meine, dass in Australien oder Neuseeland in dem jetzt laufenden Pandemieprozess ebenfalls solche Überlegungen angestrengt werden.

Diesbezüglich gibt es also Bewegung. Ich meine auch, dass wir im Nachhinein fragen müssen, welche Lehren zu ziehen sind, wie wir uns zukünftig aufstellen und wie man sich systematisierter auf solche Fälle vorbereiten kann. Im Katastrophenschutz haben wir das, wie gesagt. Dort funktioniert es im Grunde genommen auf Knopfdruck. Im Pandemiefall haben wir das noch nicht, aber wir haben gute Grundlagen. Der Bericht des Deutschen Bundestages, den ich schon erwähnt habe, liefert eine gute Blaupause dafür, wie man Erkenntnisse im Nachhinein auswerten muss und

ein System etabliert, nach dem im Krisenfall zu verfahren wäre.

Abg. **Helge Limburg** (GRÜNE): Vielen Dank für die umfangreiche Einführung, Herr Minister. Ich habe zwei Nachfragen.

Erstens. Sie haben am Rande angesprochen, dass andere Forschungsfelder nicht vernachlässigt werden dürfen. Ein weiteres Gesundheitsproblem, das vor Corona intensiv diskutiert wurde und jetzt aus dem Blick geraten ist, sind multiresistente Keime. Wie gewährleisten Sie, dass die Forschung diesbezüglich und vor allem die Forschung zu Präventionsmaßnahmen intensiv weitergeht? Denn diese multiresistenten Keime haben ja durchaus das Potenzial für eine ähnliche weltweite Gesundheitskrise.

Meine zweite Frage betrifft den Bereich Datenschutz. Ich frage Sie hierzu stellvertretend für das gesamte Kabinett. Wir haben von Ihrer Kollegin Frau Reimann, von Herrn Ministerpräsidenten Weil und anderen immer wieder Änderungsvorschläge und Ideen gehört, was entweder am Datenschutz selbst oder datenschutzrechtlich an der App geändert werden müsste. Sie haben eben gesagt, das betreffe gar nicht so sehr das Rechtliche, sondern die Zusammenarbeit.

Meine Frage lautet: Was tun Sie konkret als Minister und was tut die Landesregierung dafür, diese Ideen und Vorschläge auch tatsächlich umzusetzen? Sie stehen ja nicht nur in der Verantwortung, Diskussionsbeiträge zu liefern, sondern auch konkrete Umsetzungsschritte zu gehen.

Minister **Thümmler** (MWK): Was den Datenschutz angeht, sind wir im Austausch mit der Datenschutzbeauftragten, weil unsere Fragen vielfältig den Datenschutz betreffen. Es gibt insoweit recht gute Ansätze. Diese befinden sich aber alle noch im Arbeitsstadium. Mit Ergebnissen ist also noch nicht zu rechnen, auch weil das ein fortschreitender Prozess ist.

Das Forschungsfeld der multiresistenten Keime wird am HZI ohnehin schwerpunktmäßig bearbeitet. Das HZI ist auch in dieser Frage deutschlandweit führend. Ich sagte vorhin, dass wir bereits seit 20 Jahren in dieses Institut investieren.

Wir haben mit den Datenwissenschaften in Niedersachsen, über die niedersächsische Forschungsdateninfrastruktur und über GAIA-X Mög-

lichkeiten, um uns mit dem Thema multiresistente Keime auseinanderzusetzen. In Projekten läuft das also. Und wir haben vor eineinhalb bis zwei Jahren eine große Studie zum Thema der multiresistenten Keime und zur Versorgungsforschung in Auftrag gegeben, die die Universitätsmedizin Oldenburg und die Universitätsklinik Groningen gemeinsam bearbeiten, weil wir eine interessante Entwicklung zu verzeichnen haben: In den Niederlanden sind die Antibiotikagaben deutlich geringer als in Deutschland, aber an der Grenze zu Deutschland ist eine signifikant höhere Gabe von Antibiotika festzustellen. Und in Niedersachsen haben wir, wenn wir von Hannover in Richtung niederländische Grenze gehen, auch eine signifikant erhöhte Antibiotikagabe festzustellen. Die Wissenschaft will wissen, woran dies liegt.

Eine Antwort könnte lauten, es liege an den großen Tierbeständen im Westen Niedersachsens. Das wäre aber eine falsche und viel zu einfache Antwort. Vielmehr hat dies auch andere Gründe, da multiresistente Keime nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in anderen Bereichen - in Krankenhäusern, Arztpraxen usw. - vorkommen, also vielfältig unterwegs sind. - Damit setzt man sich in diesem Forschungsvorhaben auseinander.

Zusätzlich haben wir dieses Thema im Rahmen der Reihe „Forschung made in Niedersachsen“ schon vor zwei Jahren in Zusammenarbeit mit der Hochschule in Leer, wo eine sehr anerkannte Forscherin für multiresistente Keime ansässig ist, publikumswirksam so aufbereitet, dass man versteht, was multiresistente Keime eigentlich sind und worin das Problem besteht.

Das fängt bei der Hygiene an, hört aber dabei nicht auf, sondern geht über viele Bereiche hinweg. Insoweit gibt es deutlich Luft nach oben, um es einmal so zu sagen. Das hat nichts damit zu tun, dass alle Leute fahrlässig sind, sondern das hat mit Zeiteinsätzen und vielen anderen Dingen zu tun. Darüber wird die Studie Auskunft geben. Angelegt ist sie auf fünf Jahre.

Vors. Abg. **Kai Seefried** (CDU): Sehr geehrter Herr Minister, herzlichen Dank, dass Sie den Ausschuss heute aus Sicht Ihres Ministeriums unter dem Schwerpunkt der Wissenschaft über den Stand der Forschung zur Begleitung der Pandemie unterrichtet haben. Vielen Dank, dass Sie für alle Fragen des Ausschusses zur Verfügung ge-

standen und sich die Zeit dafür genommen haben.

### Unterrichtung durch Staatssekretär Scholz

StS **Scholz** (MS): Herr Minister Thümler hat die Grundlagen dargestellt. Ich komme jetzt eher zur Anwendung, also zu der Frage, was wir mit dem machen, was Wissenschaft und Forschung uns zur Pandemiebekämpfung bereitstellen.

Spannend ist - einige Beispiele hierzu werde ich später nennen -, dass gegenwärtig immer wieder politische Entscheidungen ganz dicht an der Forschung getroffen werden, dass aber politische Entscheidungen zum Teil auch in Bereichen gefällt werden müssen, in denen es noch keine gesicherten Erkenntnisse gibt. Das ist bei einem völlig neuen Forschungsgebiet einfach so und führt dazu, dass politischen Entscheidungen zugrundeliegende Forschungsergebnisse zum Teil schon wieder zweifelhaft geworden sind, wenn diese Entscheidungen in Kraft treten, oder dass sich vorsichtige politische Entscheidungen als zu vorsichtig erweisen, weil sich der wissenschaftliche Erkenntnisstand inzwischen weiterentwickelt hat.

Wissenschaft lernt Schritt für Schritt, langsam nach vorn gehend, während die Politik eher darauf ausgerichtet ist, Sicherheit zu vermitteln. Das ist in einer Situation, in der die wissenschaftlichen Erkenntnisse nicht sicher sind, eine große Herausforderung in der Kommunikation, wobei die Fragen lauten, wer wem was glaubt und wer recht hat und wer nicht. In meinem Beruf - ich bin Jurist - ist das noch viel häufiger der Fall. Den Spruch „Drei Juristen, vier Meinungen“ kennen wir alle. Aber selbst in den Naturwissenschaften stellen wir fest, dass in Bereichen, in denen sich die Forschung noch entwickelt, die Meinungen divergieren.

Wenn Sie Herrn Kekulé anhören, dann hören Sie ganz andere Dinge, als wenn Sie Herrn Drost an hören. Wenn Sie Herrn Meyer-Hermann vom HZI anhören, so sagt er vielleicht wiederum etwas anderes als Herr Drost oder andere Kollegen. Das ist in den Zeiträumen, bevor Erkenntnisse sicher sind, selbst in den Naturwissenschaften so, und das macht es für uns immer wieder schwierig.

Zum Glück hat Niedersachsen sowohl in der Forschung als auch im Gesundheitswesen auf allen Ebenen leistungsfähige Strukturen, auf die die Landesregierung zurückgreifen kann und die eine verlässliche Versorgung bieten. Das ist nicht überall selbstverständlich. Ganz zu Anfang der Pandemie ist dies deutlich geworden, als ein Labor in Niedersachsen als zweites Labor in Deutschland nach der Charité in Berlin in der Lage war, das Virus überhaupt festzustellen. Das ist heute schon wieder ein wenig in Vergessenheit geraten, aber das Labor des Niedersächsischen Landesgesundheitsamts (NLGA) war nach dem Konsiliarlaboratorium für Coronaviren bei Herrn Drosten in der Charité das zweite, das in Deutschland feststellen konnte, ob das Virus vorhanden ist oder nicht.

Aus der Sicht unseres Hauses hat Niedersachsen mit dem NLGA ein Landesgesundheitsamt, das nicht nur Laborkapazitäten und Beratung vorhält, sondern auch eine sehr praxisnahe wissenschaftliche Expertise hat und daher im Diskurs sowohl bundesweit mit dem Robert Koch-Institut (RKI) als auch in Niedersachsen eine große Rolle spielt. Ich möchte Ihnen einige ausgewählte Handlungsfelder vorstellen.

Zum Monitoring des Pandemiegeschehens und zur tagesaktuelle Bewertung der Datenlage stellt das RKI fortlaufend Informationen zusammen. Das NLGA gleicht diese Informationen mit der Situation in Niedersachsen ab, passt sie an und gibt sie an die Landesregierung, an den Öffentlichen Gesundheitsdienst und auch an die Öffentlichkeit weiter.

Wenn Sie auf die Internetseite des NLGA gehen, werden Sie feststellen, dass dieses bezogen auf Niedersachsen nicht weniger Informationen zur Verfügung stellen kann als das RKI für die gesamtdeutsche Situation. Das geht immer ein wenig unter, aber es liegen dort wirklich sehr konkrete, sehr gute und sehr zeitnahe Informationen zu Niedersachsen vor.

Die Gesundheitsämter werden wöchentlich mit einem Newsletter über die aktuellen Entwicklungen und über die praktischen Umsetzungsthemen informiert. Im Hinblick auf die Bewertung des aktuellen epidemiologischen Geschehens wertet das NLGA täglich - auch an Wochenenden und Feiertagen - die Meldedaten aus und berichtet der Landesregierung wie auch der Öffentlichkeit

über seinen Internetauftritt über dieses Monitoring, das wir alle jeden Morgen gegen 9.30 Uhr dringend erwarten. Gegen 10.30 Uhr folgen dann die Daten zur Krankenhaussituation. Wir alle schauen immer wieder gespannt auf diese Daten. Und dass wir in den vergangenen Tagen nicht wirklich erfreut über sie waren, ist natürlich kein Verschulden des NLGA, sondern es spiegelt das Infektionsgeschehen wider.

Das NLGA stellt stets die Qualität und Aussagekraft der Meldedaten sicher, beobachtet die Meldedaten im Hinblick auf Besonderheiten und informiert anlassbezogen über besondere Ausbrüche. Laufend - wöchentlich - werden die hoch inzidenten Landkreise noch einmal separat auf das Geschehen hin sowie dahingehend begutachtet, ob die ergriffenen Maßnahmen angemessen sind bzw. ob den Landkreisen und kreisfreien Städten noch andere Maßnahmen als die, die sie bereits ergriffen haben, empfohlen werden müssen. Das wird immer wieder ganz eng rückgekoppelt, nicht nur nach unten in die Einrichtungen, sondern eben auch in die wissenschaftlichen Diskussionen hinein.

Als Beispiel für eine vertiefende Auswertung kann ich den Sonderbericht zu verstorbenen COVID-19-Patientinnen und -Patienten anführen, der Ende Januar vom NLGA veröffentlicht worden ist. Meines Wissens war dies bundesweit die erste Auswertung dieser Art.

Das NLGA erhält von den 15 größten Laboren in Niedersachsen alle Daten zu durchgeführten PCR-Testungen und zu Laborkapazitäten. Weil es insoweit eben auch sehr etabliert ist, wurden zunächst nur Daten zur PCR-Methode erfasst. Mit der Etablierung weiterer Testmethoden - Antikörpertests, Antigen tests - haben sich die Erhebungen entsprechend angepasst, sodass immer eine aktuelle Diskussionslage für Niedersachsen besteht.

Im Bereich von Virologie und Diagnostik führte die gute Vernetzung mit anderen wissenschaftlichen Einrichtungen dazu, dass wir schon sehr früh den ersten Fall in Hannover im NLGA diagnostizieren konnten. Am 1. März 2020 wurde dieser erste Fall festgestellt. - In 14 Tagen haben wir also seit genau einem Jahr Corona in Niedersachsen. - Das Referenzmaterial dazu wurde vom Konsiliarlaboratorium über Herrn Professor Drosten zur Verfügung gestellt, und wir konnten - ich habe es be-

reits gesagt - schon ganz am Anfang die Informationen auswerten und die Diagnose stellen.

Zu den Varianten, die wir jetzt diskutieren, zur UK-Variante und auch zur südafrikanische Viruslinie, befindet sich das NLGA seit Dezember im Austausch mit dem RKI und dem Konsiliarlaboratorium. Die Typisierungs-PCR zur Differenzierung der Varianten wurde ebenfalls schon am NLGA etabliert. Ihnen ist bekannt, dass wir am Anfang gesagt haben, wir müssten sequenzieren, also das Erbgut darstellen, um zu wissen, um welchen Virustyp es sich handelt. Inzwischen wissen wir aber, dass man dies mit einer etwas umfänglicheren PCR genauso darstellen kann.

Aber selbstverständlich hält nicht nur das NLGA Kontakt zur aktuellen Forschungsspitze, sondern dies tut auch unser Haus. Vor allem Frau Ministerin Dr. Reimann hält engen Kontakt zur MHH, zu Herrn Professor Welte, zum HZI, zu Herrn Professor Meyer-Hermann und Frau Professorin Brinkmann, zur Universität Göttingen, zu Frau Dr. Priesemann am Max-Planck-Institut in Göttingen, und sie hat aufgrund ihrer bundespolitischen Erfahrung Kontakte, auch relativ enge persönliche Kontakte, zur Gruppe um Herrn Professor Schrappe, die regelmäßig Positionspapiere zur Situation der Pandemie veröffentlicht - soweit ich weiß, wurde jüngst das siebte herausgebracht - und ebenfalls, wenn auch nicht immer völlig unumstritten, zur Diskussion beiträgt. Aber das beschreibt nur die Situation, auf die ich vorhin bereits hingewiesen habe.

Bei der Bekämpfung von SARS-CoV-2 nehmen die sogenannten nicht pharmazeutischen Interventionen, also alles das, was ohne Medikamente gemacht wird, großen Raum ein. Das ist das, was wir alle als AHA+-L-Regeln kennen. Auch dort fließen natürlich die wissenschaftlichen Erkenntnisse ein. Wenn Sie sich erinnern: Am Anfang der Pandemie haben wir uns die Hände gewaschen, bis sie rau waren, weil wir gesagt haben, ein großer Teil der Übertragung werde vermutlich über Schmierinfektionen und Tröpfcheninfektionen erfolgen. Inzwischen wissen wir, dass wahrscheinlich nur ein relativ kleiner Teil auf Schmierinfektionen zurückzuführen ist. Dafür ist im späten Frühjahr des vergangenen Jahres die Diskussion um die Aerosole stärker geworden. Daraufhin haben sich natürlich auch die Maßnahmen entsprechend geändert.

Bei der Formulierung der AHA+-L-Regeln befinden wir uns - im Moment - auf sicherem Boden. Diese Einschätzung basiert auf einer Vielzahl von praktischen Erfahrungen bei der Verhinderung von Infektionsübertragungen in Krankenhäusern. Wir alle wissen, dass dort in bestimmten Bereichen seit Jahrzehnten mit Infektionsschutzmasken gearbeitet wird. Das NLGA hat uns dabei geholfen, die fachlichen Erfahrungen aus den Bereichen Krankenhaushygiene und Arbeitsschutz zusammenzutragen und an die Akteure des ÖGD weiterzugeben. Sie erinnern sich, dass auch die Diskussion um die Masken eine Weile brauchte, bis sie sich verallgemeinert hatte. Auch das ist ein Beispiel dafür, wie sich wissenschaftlicher Fortschritt langsam entwickelt und dann Gegenstand von politischen Entscheidungen wird.

Das NLGA berät in ganz unterschiedlichen Settings alle möglichen Wirtschafts- und Gesellschaftsbereiche, wie man sich schützen kann. Das geht von der Polizei über Schausteller und Schlachtbetriebe bis hin zu Gastronomen. Wir haben sogar ein Konzept von Bordellbetreibern für den Sommer begleitet. Dies kann man, da unser Haus auch für die Gleichstellung zuständig ist, unterschiedlich bewerten, aber auch dort sind wir als Gesundheitsbehörde tätig geworden.

Alle großen Hygienekonzepte basieren auf den Erkenntnissen, die man zur Hygiene ohnehin schon hat. Aktuell werden sie auf die Pandemie bezogen, umgesetzt und angepasst und sollen, wissenschaftlich basiert, helfen.

Auch die Hygienekonzepte für die Alten- und Pflegeheime müssen mit den Heimbetreibern und ihren Verbänden sehr intensiv diskutiert werden, um die Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse zu garantieren. Denn der Alltag und allein schon die Belüftungssituation in diesen Heimen stellen sich regelmäßig komplex und unterschiedlich dar, z. B. je nachdem, ob es sich um ein neu gebautes, großes Heim mit klaren Linien oder, wie wir es in unseren Dörfern häufig vorfinden, um einen umgebauten Dorfgasthof handelt.

Auch hierzu haben wir Muster-Hygienekonzepte erarbeitet, z. B. gestützt auf die Erfahrungen des Max-Planck-Instituts für Strömungstechnik, das man vielleicht zunächst nicht unmittelbar in einem Kontakt zur Pandemie sieht.

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch auf das eingehen, was wir gegenwärtig im Zusammen-

hang mit den Testungen tun. Die nationale Teststrategie wurde auf der Basis der Erkenntnisse, wo und wie es zu Infektionen kommt, in den vergangenen zwölf Monaten immer wieder umgestellt. Gegenwärtig ist die tägliche Testung in den Pflegeheimen angeordnet und nach einer Befragung, die wir in der vergangenen Woche abgeschlossen haben, inzwischen auch annähernd erreicht. Mehr als 90 % der Heime sagen, sie würden täglich testen. Vor ein paar Monaten waren es noch ungefähr zwei Drittel. Aber das hat sich in der Zeit seit Weihnachten geändert.

Jeden zweiten Tag testen die ambulanten Pflegedienste, jeden zweiten Tag die Heime für Menschen mit Behinderung. Es gibt ein wöchentliches Testangebot für Lehrkräfte ab einer Inzidenz von 50, es gibt ein wöchentliches Angebot für Erzieherinnen und Erzieher sowie kommunale Beschäftigte an Schulen ab einer Inzidenz von 50, und auf Bundesebene laufen die politischen Diskussionen zu der Frage, wie wir die Testungen insgesamt vorantreiben können. Heute um 16 Uhr gibt es die nächste Schaltung der Gesundheitsminister hierzu.

Nun will ich noch etwas zur Diskussion um die Priorisierung bei den Impfungen sagen, weil dies ein gutes Beispiel dafür ist, wie reine naturwissenschaftliche Erkenntnisse, Erkenntnisse in anderen gesellschaftlichen Bereichen und auch politische Notwendigkeiten differieren.

Sie wissen, dass die Ständige Impfkommission (STIKO) beim RKI hinsichtlich der Frage, wer zuerst und wer später geimpft werden soll, eine sechsstufige Priorisierung vorgesehen hat. Die STIKO geht dabei sehr konsequent vor und fragt: In welchen Bevölkerungsgruppen, bei welchen Vorerkrankungen, bei welchen Vorbelastungen, bei welchen Erscheinungen kommt es zu den meisten schweren Erkrankungen und zu den meisten Toten? - Das hat dazu geführt, dass wir bisher die Menschen in den Alten- und Pflegeheimen sehr intensiv mit Impfungen versorgt haben und dass inzwischen 96 % aller Heimbewohnerinnen und -bewohner das erste Mal und mehr als 70 % das zweite Mal geimpft sind.

Im weiteren Verlauf ist es ganz genauso weiter abgeschichtet worden. Die STIKO hat gesagt, aus rein infektiologischer Perspektive gebe es keinen vernünftigen Grund, Lehrer oder Polizisten vorzeitig zu impfen; denn es gebe kein Zahlenmaterial,

das belege, dass Lehrer besonders schnell krank würden oder besonders schnell sterben, wenn sie sich mit SARS-CoV-2 infizierten.

Gleichwohl ist hierbei nicht nur die naturwissenschaftliche Erkenntnis einzubeziehen, sondern auch zu fragen: Was heißt das in dieser Situation, wenn in der Schule Lehrer ausfallen? Was heißt das für die gesamte gesellschaftliche Diskussion?

Dieses Zusammenspiel von Diskussionen verschiedener Disziplinen und die politische Wertung führen dazu, dass wir gegenwärtig diskutieren, ob Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher stärker priorisiert werden müssen, als sich dies nach den reinen infektiologischen Daten ergibt. Nach den reinen infektiologischen Daten läuft ein Lehrer als solcher, eine Erzieherin als solche kein dramatisches Risiko. In der Kombination der vielen Begegnungen, die sie haben, mag das aber anders aussehen.

Insoweit ist auch dies ein Beispiel dafür, dass die naturwissenschaftliche Beratung in der Politikberatung eine, aber natürlich nicht die einzige Rolle spielt. Wir müssen damit leben, dass politische Entscheidungen, auch alle Entscheidungen im sozialen Bereich, nicht aus irgendwelchen Erkenntnissen mathematisch ablesbar sind.

Zum Abschluss mein Lieblingsbeispiel dafür, wie flexibel nicht nur das Virus in seiner Anpassung ist, sondern wie flexibel auch Akteure sein müssen. Als es darum ging, dass der Impfstoff von AstraZeneca zugelassen wird und wir diskutiert haben, wie wir diesen in die Impfstrategie des Landes einbauen, haben wir an einem Freitagvormittag gehört, die Datenbasis sei für Menschen über 65 Jahre nicht ausreichend, das Mittel werde für diese Gruppe nicht zugelassen. Am Freitagnachmittag haben wir von jemandem, der in der STIKO sitzt, gehört, das sei Unfug; selbstverständlich werde der Impfstoff komplett zugelassen und auch entsprechend eingesetzt. Übers Wochenende war in der Berichterstattung wieder von der Grenze von 65 Jahren die Rede. Am Montagvormittag lautete die Ansage: Das ist nicht wahr; es bleibt bei einer Zulassung für alle. Und am Montagabend kam dann die Zulassung nur für Menschen bis 65 Jahre.

In dieser Geschwindigkeit der Information werden sich auch politische und administrative Entscheidungen bewegen müssen. Diese Sondersituation bei der Bewältigung der aktuellen Pandemie prägt

den Dialog zwischen Wissenschaft und Regierungshandeln sehr besonders und zeigt, wie vorläufig wissenschaftliche Erkenntnisse am Anfang eines Forschungsprozesses auch in Bezug auf die Politikberatung sind.

### Aussprache

Abg. **Christian Fühner** (CDU): Herr Staatssekretär Scholz, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Zu zwei Bereichen möchte ich nachfragen.

Ich komme zunächst zu den Mutationen und spreche insbesondere deren Dokumentation und Evaluation an. Man vermutet lediglich, wie diese Mutationen auch im Ansteckungsverlauf reagieren. Es geht darum, ob man sich deutlich schneller anstecken kann, und um die Symptome. Das ist ein Beispiel dafür, dass die Wissenschaft über etwas noch nicht so recht Bescheid weiß und der Politik noch keine konkreten Handlungsanweisungen an die Hand gibt.

Anhand dieses Beispiels könnte man überlegen, wie der Stand der Wissenschaft schneller, besser und präziser formuliert werden könnte, um ihn dann an die Politik heranzutragen. An welcher Stelle brauchen Sie also aus der Wissenschaft welche Entscheidungen, und wie könnte man der Wissenschaft rückkoppeln, dass bestimmte Dinge schneller untersucht werden müssen, um Entscheidungen zu treffen?

Müsste man als Regierung der Wissenschaft also nicht eigentlich Hinweise geben, zu welchen Faktoren man welche Informationen benötigt, damit gezielt geforscht werden kann? Das bedeutet, dass die Wissenschaft nicht von sich aus forscht, sondern dass man - auch im Bereich der Mutationen - eine Art Forschungsauftrag noch präziser fasst, um schneller Handlungsanweisungen zu erhalten.

Meine zweite Frage bezieht sich auf den gesamten Bereich der Sozialwissenschaften. Sie haben angesprochen, dass wir nicht nur auf naturwissenschaftliche Erkenntnisse hören sollten, sondern auch sozialwissenschaftliche Bereiche in den Blick nehmen müssen. Ich möchte den Bereich der Kinder- und Jugendpsychologie mit ins Spiel bringen, auch was die Frage der Öffnung von Schulen und Kindergärten oder die Frage der

Impfung von Lehrkräften sowie Erzieherinnen und Erzieher angeht.

Wie sind die Informationswege, um auch Erkenntnisse aus dem Bereich der Kinder- und Jugendpsychologie, beispielsweise die Erkenntnis, dass in der Lockdown-Phase die Gewalt in Familien enorm angestiegen ist, in den politischen Prozess einzubeziehen? Liegen hierzu überhaupt Erkenntnisse aus der Wissenschaft vor, oder sind dies zunächst nur Mutmaßungen?

StS **Scholz** (MS): Die Mutationen sind ein schönes Beispiel. Am Samstag habe ich im Dialog mit den medizinischen Fakultäten Niedersachsens etwas gehört, was ich schon wusste und was wir alle schon wissen, dass nämlich die englische Variante vermutlich schneller ansteckend ist, dass sie sich wohl schneller verbreitet. Die Universitätsmedizin Göttingen und die MHH haben gesagt, sie hätten aber inzwischen Hinweise darauf, dass die Krankheitsverläufe weniger schwer seien. Es komme also vielleicht zu einer schnelleren Verbreitung und vielleicht zu einer reduzierten Anzahl schwerer Verläufe. Davon wird andeutungsweise gesprochen, aber das ist alles noch nicht belegt. Für uns wäre es natürlich extrem wichtig, es genauer zu wissen. Denn eine schnellere Verbreitung würde uns vergleichsweise wenig stören, wenn wir wüssten, es kommt nicht zu schweren Verläufen.

Das Gesagte gilt erst recht für die südafrikanische Variante, die möglicherweise auf die Impfstoffe weniger reagiert.

Meiner Meinung nach ist die Epidemiologie sehr wichtig, zu der das Land ebenfalls Beiträge leisten kann und auch leistet. Dabei geht es um die Frage, wie stark die neuen Varianten verbreitet sind.

Ich habe vorhin erwähnt, dass wir die britische Variante nicht nur sequenzieren, sondern auch über PCR-Tests erkennen und schauen können, wie sie sich ausbreitet. Dabei stellen wir fest, dass es extrem unterschiedliche Ausbreitungssituationen im Land gibt. Ganz extrem ist es in der Region Hannover. Die Region Hannover hat mitgeteilt, dass insgesamt etwa 40 % der Infektionen, die danach bewertet worden sind, von der britischen Variante ausgelöst wurden. Aber in der Region Hannover ist die Situation extrem unterschiedlich. Im Süden der Region tritt die Variante kaum bis gar nicht auf, im Norden sind mittlerwei-

le fast alle Infektionen auf sie zurückzuführen. Das ist spannend.

Das sind Daten, die wir einfach erheben und weiterleiten können und die wir auch an die Forschung weitergeben.

Was Forschungsaufträge zur Schwere der Verläufe angeht, so muss man, glaube ich, keinen zum Jagen tragen. Da gibt es sozusagen keine Hunde, die schlafen wollen, sondern nur Hunde, die intensiv auf der Spur sind.

Bezüglich der Erkenntnisse der Kinder- und Jugendpsychologie besteht eine gewisse Arbeitsteilung mit dem Kultusministerium, das sowohl für die Schulen als auch für die Kindertagesstätten fachlich zuständig ist. Dieses ist sehr stark im Gespräch mit den Jugendwissenschaftlern, mit den Jugendpsychologen und mit den Pädagogen, während wir eher auf die Infektionswahrscheinlichkeiten hinweisen.

Das führt, wie immer im politischen Geschäft, im bestverstandenen Sinne zu Kompromissen, nämlich zu Lösungen, die das eine wie das andere berücksichtigen. Deshalb sind ja z. B. heute die Schulen einen weiteren Öffnungsschritt gegangen.

Abg. **Christian Grascha** (FDP): Herr Staatssekretär, meine erste Frage bezieht sich auf die Rolle des Landesgesundheitsamts. Sie haben es angesprochen, und alles, was Sie insoweit gesagt haben, ist auch nachvollziehbar.

Ich möchte konkret zu technischen Lösungen für die Luftreinigung fragen. Hierzu gibt es auch ein Merkblatt. Merkblätter haben wohl eine ganz wichtige Funktion, weil viele Akteure ein Know-how nicht komplett alleine aufbauen können. Insbesondere die Kommunen orientieren sich an ihnen. Bei diesem konkreten Merkblatt ist mir allerdings aufgefallen, dass darin zwar eine Menge Besorgnis und Einwände stehen, aber abgesehen von der 20-5-20-Regelung kein Lösungsrahmen angeboten wird. Zumindest ist für mich kein weiterer erkennbar.

Mich interessiert, wie man, abgesehen von dieser 20-5-20-Regelung, die meines Erachtens wissenschaftlich schon überholt ist, zu technischen Lösungen kommen kann. Viele Kommunen würden sich sicherlich klarere Empfehlungen und klarere Leitlinien wünschen, an denen sie sich orientieren

können. Vielleicht können Sie sagen, wie man damit in Zukunft umgehen kann bzw. wie dort der weitere Prozess ist.

Meine zweite Frage bezieht sich auf die Forschungs- bzw. Wissenschaftsergebnisse. Sie haben angesprochen, dass dies alles dynamische Prozesse sind. Das ist klar. Gibt es denn eine besondere Beratung einer Stelle Ihres Hauses, oder wird Beratung über die Ministerien hinaus durchgeführt?

Und dann natürlich die Frage: Wie ist das innerhalb Ihres Hauses organisiert? Gibt es eine zentrale Stelle, wo alle wissenschaftlichen Ergebnisse gesammelt und gegebenenfalls auch bewertet werden, und wie ist der Prozess, dass diese Erkenntnisse auch tatsächlich in die Entscheidungen einfließen?

Daran knüpft meine dritte Frage an. Es ist zwar wichtig, dass das in Niedersachsen, für den Bereich, für den wir zuständig sind, stattfindet. Dennoch müsste es darüber hinaus einen bundesweiten Austausch geben. Wenn dieser Austausch also in Niedersachsen mit entsprechenden Anlaufstellen im Ministerium stattfindet, wie findet dann die bundesweite Koordination statt?

StS **Scholz** (MS): Selbstverständlich haben die Merkblätter des NLGA eine besondere Bedeutung, weil sie Hinweise für die praktische Arbeit geben. Bei dem von Ihnen konkret angesprochenen Beispiel besteht das Problem, dass die Experten aus den Hygienebereichen sehr skeptisch sind, was Luftreinigungsgeräte angeht. Das gilt sehr konkret für die Kollegen in der Umwelthygiene im NLGA, das gilt z. B. auch für das Umweltbundesamt, während von anderer Seite, die ein Interesse daran hat zu verkaufen, drastisch andere Informationen gestreut werden. Ich glaube, genau in dem Bereich bewegt sich auch das Merkblatt, das Sie angesprochen haben.

Was wir als Leitung des Ministeriums nicht machen werden, ist, die Erkenntnis, die die Fachleute im NLGA haben, zu übersteuern und zu sagen: „Politisch will ich aber, dass du dafür bist, dass Luftreinigungsgeräte eingesetzt werden.“ - Sowohl das Umweltbundesamt als auch unser NLGA, also die Kollegen, die sich dort mit Umwelthygiene befassen, sagen, es sei schwierig, damit tatsächlich Ergebnisse zu erzielen, weil es - so habe ich das bisher immer verstanden - nicht darauf ankomme, wie viele Viren, Partikel, was

auch immer, am Ansaugstutzen sind und wie viele hinten beim Ausbläser herauskommen, sondern darauf, was das mit dem ganzen Raum macht und in welcher Geschwindigkeit ein ganzer Raum durchgereinigt ist. Ich weiß, dass die Kollegen skeptisch sind, und das spiegelt sich dann eben auch in dem Merkblatt wider.

Sie haben gefragt, ob es eine besondere Beratung des MS an einer Stelle gibt, wie wir das zusammenfassen. Dazu muss man einfach sehen, dass sich in einem Ministerium wie in unserem und auch in einem Land wie dem unseren die Kompetenzen auf sehr wenige Personen konzentrieren. Im Ministerium sind es eine Kollegin und ein Kollege, im NLGA sind es vier oder fünf, die in einem engen Austausch stehen. Es sind also nicht so viele, dass ich „Oberkoordinatoren“ darüber stellen müsste.

Herr Dr. Feil, den Sie ja kennen, Frau Dr. Ziehm, die Sie vielleicht kennen, Herr Dr. Pulz, Herr Dr. Dreesmann und Herr Hoopmann stehen selbstverständlich pausenlos im Austausch, sorgen für gegenseitige Informationen und steuern diese auch. - Wer als Sozialpolitiker Herr Dr. Feil kennt, weiß, dass er sehr überzeugt und sehr überzeugend ist, was die Entscheidungsprozesse angeht.

Das gilt in ähnlicher Weise für den bundesweiten Austausch. Natürlich sind die Ressourcen auf Bundesebene größer, und der Austausch ist intensiver. Aber ich weiß, dass sich z. B. auch Herr Dr. Feil sehr regelmäßig, fast täglich, mit dem RKI und mit dem Paul-Ehrlich-Institut, das die Arzneimittel zulässt, im Austausch befindet.

Sie wissen, dass inzwischen zwar nicht immer, aber doch häufig am Tag vor den Konferenzen der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und -chefs der Länder wissenschaftliche Beratungskonferenzen stattfinden, in denen man mit den Experten diskutiert. Auch dort ist zu erleben, dass die Meinungsbildung vielfältig ist, was letztlich zu der Frage führt, wessen Empfehlungen in der Vergangenheit die richtigen waren. Ob das aktuell noch stimmt, ist wie immer ein Problem.

Abg. **Christian Grascha** (FDP): Ich möchte meine Frage ergänzen. Ich meine nicht nur Luftfilter, sondern technische Luftreinigungsmöglichkeiten. Diese können ja ganz unterschiedlich sein.

Und noch eine Bemerkung. Es ist natürlich nicht ganz so einfach, dass das Bundesumweltamt oder das Landesgesundheitsamt gegen die Hersteller stehen. Es gibt auch zahlreiche andere Studien, etwa von der Universität der Bundeswehr. Ich nenne die Gesellschaft für Aerosolforschung, die ebenfalls eine Stellungnahme hierzu abgegeben hat. Das ist, weiß Gott, differenzierter.

Dazu noch eine Frage. Es war insoweit spannend, als uns heute zunächst Herr Minister Thümler unterrichtet hat. Zu diesem Thema hat er insbesondere das Max-Planck-Institut und Herrn Professor Bodenschatz erwähnt und gesagt, dass die Ergebnisse von Herrn Professor Bodenschatz in den politischen Prozess einfließen. Und wenn ich Herrn Professor Bodenschatz richtig verstanden habe, dann ist dieser durchaus für technische Unterstützung und für Lüftungskonzepte sehr zu haben und befürwortet diese Dinge, wobei es sich dabei eben nicht nur um mobile Luftreinigungsgeräte handelt. Vielmehr geht es insbesondere um die Frage, wie man einen Luftaustausch technisch unterstützen kann.

Deswegen noch konkret die Frage: Endet das dann sozusagen an den Ausgangstüren des MWK, oder fließt das tatsächlich auch in die Meinungsbildung des MS mit ein?

StS **Scholz** (MS): Nein, das überquert den hannoverschen Innenstadtring und kommt auch zu uns.

Die Bewertungen sind, wie gesagt, differenziert. Wenn Sie diese Frage intensiv vertiefen wollten, würde ich empfehlen, dass Sie sich in einer Ihrer Sitzungen in den Austausch mit den entsprechenden Kolleginnen und Kollegen des NLGA begeben, die hierzu sehr dezidiert Position beziehen können.

Das Grundproblem besteht darin, in welcher Geschwindigkeit man bei insgesamt akzeptablen Bedingungen - man könnte natürlich einen Sturm durch das Zimmer verursachen - einen Luftaustausch bzw. eine Reinigung nicht nur um die Geräte herum, sondern so erreicht, dass der Raum als ganzer als halbwegs sicher betrachtet werden kann.

Abg. **Wiard Siebels** (SPD): Vielen Dank für den Vortrag, Herr Staatssekretär Scholz. Ich habe eine Frage, die auf dem fußt, was wir in der heutigen und in den vorangegangenen Sitzungen dis-



kutiert haben. Dabei geht es um die Bündelung von Forschungsergebnissen. Ich frage an dieser Stelle auch relativ offen.

Sie haben gerade geschildert, dass sich Forschungserkenntnisse beispielsweise im Hinblick auf den Impfstoff von AstraZeneca im historischen Verlauf verändert haben. Andererseits gibt es sicherlich auch Situationen, in denen sich widersprechende Forschungserkenntnisse auf Sie niederprasseln, indem das RKI sagt, man könne es so und so machen, das Landesgesundheitsamt aber etwas ganz anderes sagt. Daraus resultierend die Frage: Gibt es aus Ihrer Sicht einen Bedarf, solche Erkenntnisse an irgendeiner Stelle zu bündeln, oder sagen Sie, es ist originärer Job des Gesundheitsministeriums, die verschiedenen Meinungen in einer Gesamtschau zu bewerten und zu entscheiden, welche Variante letztlich die Grundlage der politischen Handlungsstrategie ist?

StS **Scholz** (MS): Ich weiß nicht, wer wie intensiv welche Podcasts verfolgt. Wenn Sie sich den Podcast von Herrn Drosten bzw. von Frau Ciesek anhören und sich dann den Podcast von Herrn Kekulé anhören, werden Sie feststellen, dass diese in bestimmten Grundannahmen übereinstimmen und in anderen Punkten - um es ganz vorsichtig zu sagen - deutlich differieren.

In meinem Metier ist das relativ einfach. Irgendwann entscheidet der Bundesgerichtshof, und dann wissen wir alle, wie wir das Gesetz auslegen müssen. Es gibt aber keinen wissenschaftlichen Bundesgerichtshof, der beispielsweise entscheidet, dass Drosten recht und Kekulé unrecht hat, oder wie auch immer. Vielmehr mündelt sich das über eine sehr lange Zeit heraus.

Daher ist das meiner Meinung nicht autoritativ zu lösen. Die Juristen kennen den Spruch: Nicht die Wahrheit macht das Gesetz, sondern die Autorität. In der Wissenschaft sollte es jedenfalls anders sein, sodass nicht die Autorität die Erkenntnis macht, sondern die Wahrheit. Insoweit muss man einfach abwarten und bis dahin schauen, wer in der Vergangenheit eher richtiggelegen hat und wer sich in Übereinstimmung mit einer gewissen Mehrheit befindet.

Allerdings muss ich sagen, dass auch in den Naturwissenschaften Mehrheitsmeinung nicht zwingend Wahrheit ist. Es gab einmal die einhellige Meinung der Naturwissenschaftler, dass Hexen

verbrannt werden müssen. Das würde man heute nicht aufrechterhalten.

Abg. **Dr. Thela Wernstedt** (SPD): Ich möchte an die Frage von Herrn Fühner anknüpfen und sie weiterführen. Herr Fühner hat die englische Variante angeführt. In England - deshalb heißt sie ja englische Variante - sind inzwischen sehr viele Menschen mit der Mutante infiziert, auch erkrankt, auch gestorben. Dementsprechend liegen dort schon sehr viel mehr Erkenntnisse über das Verhalten dieses Virus vor als bei uns. Wie kann es gelingen, dass die Erfahrungen, die im Nachbarland gemacht worden sind, möglichst schnell zu uns kommen, damit wir uns diesen Erkenntnissen entsprechend verantwortungsvoll verhalten können?

StS **Scholz** (MS): So groß ist die Zahl der Virologen nun auch wieder nicht, dass sie sich nicht alle kennen und sich insoweit im Austausch befinden. Gerade in dieser Woche gibt es ein Fachgespräch mit Fachleuten vom Imperial College, anderen Virologen aus Großbritannien und der deutschen Seite, an dem sich auch unser Landesgesundheitsamt beteiligen wird. Hierzu hat das Bundesgesundheitsministerium eingeladen, um auch insoweit in einen Erfahrungsaustausch zu kommen. Das ist ein konkretes Beispiel dafür, wie Wissenschaftsgemeinschaft funktioniert.

Vors. Abg. **Kai Seefried** (CDU): Ich schaue in die Runde, ob es weitere Fragen gibt. - Ich sehe keine Wortmeldungen mehr.

Herr Staatssekretär, wir wissen, was derzeit im Sozialministerium - auch unter zeitlichem Druck - geleistet wird. Herzlichen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben. Wir freuen uns, Sie demnächst wieder in diesem Ausschuss begrüßen zu können.

\*\*\*



Tagesordnungspunkt 2:

## Aussprache zum Themenblock 2

### Aussprache

Vors. Abg. **Kai Seefried** (CDU): Verehrte Kollegen und Kolleginnen, heute sollten wir die Gelegenheit nutzen, in einer ersten Aussprache einen kurzen Blick auf das zu werfen, was wir in der vorherigen und der heutigen Sitzung an Erfahrungen und Wissen sammeln konnten. Anschließend sollten die wissenschaftlichen Referenten der Fraktionen wieder die schriftlichen Berichte fertigen, die dann die Grundlage für die weitere Beratung bilden können. Ich glaube, dieses Verfahren, wie es sich beim Abschluss des ersten Themenblocks eingeschrieben hat, ist gut.

Ich eröffne die Aussprache und wäre dankbar für Wortmeldungen aus den Fraktionen für ein erstes Fazit und die Nennung von Punkten, die besonders wichtig sind und aus den beiden genannten Sitzungen festgehalten werden können.

Abg. **Dr. Thela Wernstedt** (SPD): Ich habe den Eindruck, dass wir uns relativ umfassend Expertise aus den Bereichen Naturwissenschaften, Public Health und Sozialwissenschaften eingeholt haben. Das ist sehr viel mehr gewesen, als ich in den vergangenen Monaten in den anderen Ausschüssen wahrgenommen habe. Aber das ist ja letztlich auch unser Auftrag.

Heute ist dies interessant um die politische Ebene ergänzt worden. Wie wir gesehen haben, klaffen die wissenschaftliche und die politische Ebene teilweise durchaus auseinander, und es stellt nach wie vor eine Herausforderung dar, in dieser Krisenzeit beide so zusammenzuführen, dass aus Erkenntnissen gutes politisches Handeln folgt.

Die Schwierigkeit hat Herr Staatssekretär Scholz noch einmal dargestellt. Sie besteht darin, dass die Erkenntnisse teilweise im Stundentakt wechseln, bevor man sich nach Tagen auf eine vorläufige Meinung einigt.

Meiner Meinung nach müssen wir in den jeweiligen Arbeitskreisen noch einmal genauer in die Protokolle und auf die Stellungnahmen schauen - das Protokoll über die zweite wissenschaftliche Anhörung hat erst Ende vergangener Woche vor-

gelegen -; insofern brauchen wir noch jeweils eine Vertiefung. Aber ich denke, dass wir, nachdem wir uns darüber nochmals ausgesprochen haben, gute Erkenntnisse haben werden und ein Fazit ziehen können, welche Strukturen wir in der Wissenschaft stärken müssen, damit übergreifendes, koordiniertes Handeln noch besser stattfinden kann und auch in einer solchen nationalen Krise von vornherein Gruppen in den Blick genommen werden, die sonst - ich nenne es einmal - durch Vernachlässigung bestimmter sozialer Infrastruktur dauerhaft ins Hintertreffen geraten.

Das wird wahrscheinlich nicht komplett zu verhindern sein, aber aus dieser Krise sollten wir lernen, wie wir soziale Strukturen so stärken, gestalten und krisenfest machen können, dass es dabei zu möglichst wenigen „Kollateralschäden“ kommt.

Vors. Abg. **Kai Seefried** (CDU): Vielen Dank, Frau Wernstedt. - Sie haben betont, dass die jüngste Sitzung erst kürzlich stattgefunden hat und die Ergebnisse noch ausgewertet werden müssen. Deswegen will ich einmal sagen, dass auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung, die turnusgemäß am 1. März stattfinden wird, nur die Aussprache zu diesem Themenblock und die weitere Abstimmung zum Abschlussbericht mit dem entsprechenden Fazit stehen werden. - Dies nur als Hinweis.

Abg. **Jens Nacke** (CDU): Ich tue mich extrem schwer, eine Art Fazit zu ziehen, weil es eigentlich gar nicht möglich ist. Vielleicht gelingt dies noch am ehesten hinsichtlich eines gedanklichen Anstoßes von Herrn Minister Thümler, der die Frage aufgeworfen hat, inwieweit wir uns eigentlich im Vorfeld Gedanken gemacht und Abläufe eingeübt haben. Ähnlich kennen wir das vom Katastrophenschutz, bei dem man sagt: Wir wissen zwar nicht, welche Katastrophe auf uns zukommt, aber für den Fall das eine kommt, haben wir uns Abläufe überlegt, wie wir darauf reagieren wollen.

Zusätzlicher Klärungsbedarf besteht im Hinblick darauf, ob das auch hier der Fall ist und inwieweit wissenschaftliche Expertise, Positionierung und neue Erkenntnisse, die vielleicht noch schnell gewonnen werden, den politischen Entscheidungsprozess tatsächlich beeinflussen können. Gefragt werden muss, ob das möglicherweise über das Landesgesundheitsamt laufen kann, das der Herr Staatssekretär besonders hervorgehoben hat, ob das über das RKI laufen kann, auf

das der Bund als Einrichtung zurückgreifen kann, oder ob der Bereich noch weiter gezogen werden muss, damit wirtschaftswissenschaftliche und sozialwissenschaftliche Aspekte einen größeren Einfluss auf den politischen Entscheidungsprozess nehmen können und nicht aus rein medizinischen Gesichtspunkten entschieden wird.

Wenn wir uns im nächsten Abschnitt mit dem Öffentlichen Gesundheitsdienst befassen, sollte man solche Fragen noch stellen können. Denn selbst in unserer Anhörung ist ja die Bandbreite sehr deutlich geworden. Das reichte vom noch viel schärferen Lockdown bis hin zu gezielten Maßnahmen, weil das breite Streuen von Maßnahmen gar nicht wirksam sei.

Niemand, der diesem Ausschuss angehört, wird beurteilen können, was die richtige Antwort wäre. Insofern ist es eben auch ein Erkenntnisgewinn, zu sehen, wie schwer es die Entscheidungsträger in der Regierungsverantwortung haben, Entscheidungen voranzutreiben.

Abg. **Christian Grascha** (FDP): Der Auftrag dieses Ausschusses lautet, sich mit der zentralen Frage zu beschäftigen, was wir bei der nächsten Pandemie tun bzw. was wir vor einem Jahr mit den heutigen Erkenntnissen anders gemacht hätten. Daher kann es bei einem Fazit nicht darum gehen, dass wir irgendwelche wissenschaftlichen Ergebnisse bewerten, auch wenn - ich nenne zwei Beispiele - bei Frau Dr. Priesemann und Herrn Professor Streeck zumindest unterschiedliche Schwerpunkte zu erkennen sind. Dort hat jeder sicherlich seine persönliche Präferenz. Darum geht es gar nicht. Dies kann ja nicht Sinn und Zweck dieser Ausschussberatung sein. Vielmehr kann es „nur“ um die Frage gehen, wie man die Forschungsarbeit, die Wissenschaftsarbeit in einer solchen Krisensituation organisiert.

Herr Kollege Fühner hat diese Frage hinsichtlich der - ich sage einmal - Auftragsarbeit, also die Frage, wie man das organisieren kann, vorhin schon gestellt. Ich glaube nicht, dass das, wie es Herr Staatssekretär Scholz gesagt hat, am Ende von sich aus läuft, weil die Wissenschaftler schon aus eigenem Interesse darauf hinarbeiten. Vielmehr muss die Politik zielgerichtet sagen, welche Erkenntnisse vorliegen müssen, um zu bestimmten Entscheidungen zu kommen. Ich gehe davon aus, dass sich dieser Prozess, um es diploma-

tisch zu formulieren, noch in der Findungsphase befindet.

Ein Zweites ist auch ein wichtiger Punkt, wenn nicht sogar die zentrale Lehre aus den ersten zwölf Monaten. Das ist die Antwort auf die Frage, inwiefern eine wissenschaftliche Beratung der Politik stattfindet. Ich zumindest würde mir bei künftigen Pandemien wünschen, dass man deutlich stärker interdisziplinär vorgeht. Denn wir haben in den vergangenen zwölf Monaten sehr viele Personengruppen vergessen. Bei allen Inzidenzen, Infektionszahlen, Intensivstationsbelegung und was es nicht alles für Zahlen gibt, mit denen wir uns plötzlich wie selbstverständlich auseinandersetzen, sind ganz viele Personen durch das Raster gefallen. Das ist nicht gut.

Insofern wünsche ich mir, dass man den Prozess der politischen Beratung anders aufstellt und viel mehr interdisziplinär gestaltet; denn am Ende ist es ja Aufgabe von Politik, das Gesamtbild zu bewerten. Virologen und andere Wissenschaftler sehen - das ist auch völlig richtig - ihre Disziplin und sprechen bestimmte Empfehlungen aus. Aber welche Auswirkungen diese Empfehlungen auf andere Bereiche haben, ist genauso zu beachten wie die Auswirkungen beispielsweise von Vorschlägen der Wirtschaftswissenschaftler, die dann wiederum virologisch zu bewerten sind. Das ist extrem schwierig, aber genau das ist die politische Aufgabe.

In diese Richtung könnte sich aus meiner Sicht ein Fazit dazu bewegen, wie man so etwas in Zukunft gestalten würde.

Abg. **Helge Limburg** (GRÜNE): Dem, was Herr Grascha bezüglich der Interdisziplinarität gesagt hat, kann ich mich völlig anschließen. Natürlich besteht nicht nur die Notwendigkeit, dass die Forschung interdisziplinär ist und dass verschiedene Wissenschaftsbereiche bei der Bekämpfung einer solchen Pandemie berücksichtigt werden, sondern es geht auch darum, was die Wissenschaft an Politikberatung leistet. Hierbei sind ganz unterschiedliche Aspekte der Gesellschaftswissenschaften, der Sozialwissenschaften, aber auch der Medizin und nicht nur die Infektionsforschung zu berücksichtigen und in Entscheidungen einzu beziehen, weil jede einzelne Disziplin natürlich nur Erkenntnisse aus dem eigenen Feld liefern kann, wobei immer Auswirkungen auf andere Bereiche mit hineinspielen.

Ich will auch betonen, dass ich das, was zur Bedeutung von Wissenschaft und Forschung und des Wissenschaftsstandorts - nicht nur im Bereich der Virologie und der Infektionsforschung, sondern auch in anderen Bereichen - gesagt wurde, teile. Wichtig ist eine kontinuierliche Finanzierung, vor allem eine kontinuierliche Finanzierung nicht nur durch Drittmittel, sondern auch als Grundfinanzierung. Auch die Bedeutung dieser Grundfinanzierung ist sehr deutlich geworden, die erforderlich ist, damit man im Bereich der Forschung schnell und flexibel reagieren kann.

Dass Warnungen oder neue Erkenntnisse und Prognosen aus der Wissenschaft im politischen Diskurs etwas schneller berücksichtigt werden sollten, lautete eine weitere Rückmeldung. Dabei geht es nicht um Berücksichtigung in dem Sinne, dass einer Empfehlung gefolgt wird und eine Maßnahme erfolgt, sondern darum, den Prozess zwischen der Gewinnung von wissenschaftlichen Erkenntnissen und deren Einpflegen in politische Entscheidungen zu verkürzen und zu beschleunigen.

Abg. **Jens Nacke** (CDU): Kollege Grascha, Kollege Limburg, ich möchte auf das, was Sie gerade ausgeführt haben, eingehen. Wir sind uns an der Stelle einig. Ich mache mir im Moment allerdings Gedanken darüber, wie wir diese Dinge zusammenführen.

Sagen wir: Wir wollen, dass wissenschaftliche Expertise und wissenschaftliche Positionen an politische Entscheidungsträger herangetragen werden, aber was dann die politischen Entscheidungsträger daraus machen, bleibt diesen überlassen, bei aller Kritikwürdigkeit, die es vielleicht mit sich brächte, wenn man die Dinge gegeneinander abwägen müsste? Sagen wir, es sei nun einmal die Aufgabe der Politik, die Informationen zu verwerten und Entscheidungen zu treffen, oder sind wir anders besser aufgestellt?

Ich beuge mich mit dem Beispiel, das ich nennen will, auf dünnes Eis, weil ich mich zugegebenermaßen nicht in der Tiefe damit beschäftigt habe, in der man das vielleicht tun muss, um es bewerten zu können. Aber ich habe den Eindruck, dass eine feste Einrichtung wie z. B. die STIKO, die bereits etabliert ist und bei der Wissenschaft systematisiert zusammengeführt ist, am Ende eine große Hilfe war, weil man wusste: Wenn wir uns jetzt um das Thema Impfen kümmern müs-

sen, dann haben wir mit dieser Kommission eine Einrichtung, in der der wissenschaftliche Diskurs erst einmal untereinander stattfindet und dann ein Ergebnis dabei herauskommt. Das hilft uns in der Politik weiter, nimmt uns möglicherweise auch ein bisschen die Verantwortung, und sich dagegen zu stellen, ist vielleicht schwierig.

Ich habe den Eindruck, dass das bei Einrichtungen wie dem RKI oder dem Paul-Ehrlich-Institut auch so ist. Man kann auch universitär oder medizinisch getragene Einrichtungen, meinetwegen die Charité, festlegen, aber am Ende legt man sich dann auch auf bestimmte einzelne wissenschaftliche Positionierungen in der Forschung fest, und die Wissenschaftler könnten überfordert sein, weil sie davon ausgingen, die anderen wissenschaftlichen Positionen in ihre Position mit einbeziehen zu müssen.

Sollte man dann nicht besser sagen, jede wissenschaftliche Disziplin solle die Chance haben, für sich zu arbeiten und solle auch interdisziplinär arbeiten können, in der besonderen Freiheit, die Wissenschaft ausmacht, sodass eben nicht staatlich gesteuert wird? Aber wenn dann ein Krisenfall wie ein Pandemiefall kommt, dann hat man vorher festgelegt: Diese oder jene Personen nehmen wir dazu, damit diese uns fest beraten, und, wenn möglich, findet auch eine Abstimmung in der Wissenschaft im Vorfeld statt.

Ich bin mir aber noch unsicher, ob so etwas tatsächlich möglich ist oder ob man nicht doch auf jede Situation anders reagieren muss und am Ende nicht anders kann, als ein bisschen per „systematisiertem Zufall“ zu entscheiden, wer zur Beratung hinzugezogen wird bzw. wer gebraucht wird, um die eigenen Entscheidungen treffen zu können.

Abg. **Christian Grascha** (FDP): Das ist natürlich keine ganz einfache Frage. Aber ich will versuchen, sie am Beispiel der STIKO, die Sie, Herr Nacke, angesprochen haben, zu erläutern.

Diese ist ein gutes Beispiel dafür, dass Politik darauf angewiesen ist, dass solche Gremien, die ja auch eine gewisse Bandbreite abbilden, Empfehlungen aussprechen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass es Empfehlungen sind. Wir sehen ja in der aktuellen Diskussion, dass das, was vor drei oder vier Wochen noch nicht Stand der Diskussion war, jetzt plötzlich Stand der Diskussion ist und die Politik sagt: Wir wollen jetzt

aber aus bestimmten Erwägungen heraus Erzieherinnen und Erzieher und Lehrerinnen und Lehrer vorzeitig impfen. Das würde ja nicht mehr der Empfehlung der STIKO entsprechen.

Ich glaube, der Punkt ist, dass die Politik immer die Letztentscheidung haben muss, weil damit gewählte Abgeordnete entscheiden. Hinzu kommt, dass ich der Meinung bin, das müsste eher der Deutsche Bundestag als der Bundesgesundheitsminister entscheiden. Das ist in diesem Zusammenhang noch eine spezielle Frage. Aber am Ende müssen die gewählten Politiker - natürlich auf der Grundlage von wissenschaftlichen Erkenntnissen - entscheiden.

In diesem Fall ist es so, dass wir mit der STIKO ein eingeübtes Gremium haben. Da ist es also verhältnismäßig einfach. Im Zusammenhang mit der Pandemie-Politik insgesamt ist hingegen schon sehr viel vielschichtiger zu bewerten, und hier ist es eben nicht nur eine virologische Frage, sondern dabei spielen eben auch andere Disziplinen eine Rolle.

Deswegen haben wir uns beispielsweise auf der Bundesebene wie auch hier im Land für einen Pandemie-Beirat eingesetzt, der wissenschaftlich berät, aber auf den man die Entscheidungen nicht abwälzen kann. Im Zweifelsfall muss die Politik auch eine Entscheidung gegen den Rat mancher Fachwissenschaftler treffen. Das wird sich nicht anders ergeben, weil die Politik immer abwägen muss. Dabei trifft sie in der Rückschau auch falsche Entscheidungen. Aber dafür sind wir gewählt, und Wissenschaftler und ihre Empfehlungen sind eben nicht demokratisch legitimiert.

Deswegen habe ich - die Bemerkung sei mir in diesem Zusammenhang noch erlaubt - Bauchschmerzen, wenn sich manche Wissenschaftler in der Öffentlichkeit zu Wort melden. Sobald es über das rein wissenschaftliche Darstellen von Positionen hinausgeht, wenn moralisiert wird, wenn gesagt wird: „Das muss jetzt getan werden; sonst verliere ich den Glauben an die Politik“, verlässt man aus meiner Sicht den Boden der Wissenschaft und geht eher in den Bereich des Aktivismus hinein. Das kann man tun, das gehört auch dazu, aber das ist dann eben keine Wissenschaft mehr.

Abg. **Wiard Siebels** (SPD): Ich will den von Herrn Nacke verwendeten Begriff des systematisierten Zufalls aufgreifen. Meiner Ansicht nach ist dies

eine recht gute Grundlage, um zu schauen, was man wie organisieren kann. Ich glaube, dass das Beispiel STIKO ein positives Beispiel ist, weil diese einen Themenbereich, der klar umrissen ist, erfasst. Das ist also kein weites Feld einer Pandemie mit wirtschaftlichen, gesundheitlichen, kulturellen, sozialen und anderen Auswirkungen, sondern es geht um eine Kommission, die zum Impfen berät. Punkt.

Mein Eindruck ist, dass Empfehlungen der STIKO zwar am Ende nicht bindend sind - wir erleben gerade ein Beispiel, bei dem von einer solchen Empfehlung abgewichen wird -, dass diese Kommission aber eine so große Autorität entfaltet, dass Abweichungen nur dann denkbar und wahrscheinlich sind, wenn es über diese einen jedenfalls weitgehenden gesellschaftlichen Konsens gibt.

Für den weiten Bereich einer Pandemie könnte ich mir das nicht vorstellen, weil das bedeuten würde, dass man allein über die Auswahl, welche Wissenschaftler und welche Fakultäten man am Ende dort abbildet, das Schiff in die eine oder auch in die andere Richtung steuern könnte. Das hielte ich für schwierig.

Ich hielte das übrigens generell für schwierig, weil das irgendwann bedeuten könnte: Dann machen wir Kommissionen auch außerhalb einer Pandemie über Arbeitsmarktpolitik, über Sozialpolitik, über was auch immer, und am Ende entscheiden diese Kommissionen, und der Minister nimmt regelmäßig Berichte entgegen und verkündet öffentlich, was diese Kommission aus Wissenschaftlern, die er im Zweifel selbst zusammengestellt hat, erforscht und herausgefunden hat. Deswegen hege ich diesbezüglich eine große Skepsis.

Ich kann mir das, wie gesagt, für einzelne Bereiche sehr wohl vorstellen. Aber ansonsten schwebt mir eher etwas anderes vor. Meinen Eindruck dazu kann ich aber noch nicht bis ins Letzte belegen. Dabei geht es um die Frage: Wer aus der Wissenschaft wird eigentlich wann und von wem gehört? Das ist nach meinem Eindruck nicht systematisiert, sondern im Zweifel spielt eine Medienpräsenz eine Rolle, im Zweifel spielen vielleicht politische oder sonstige Kontakte an dieser Stelle eine Rolle. Ich sage das, ohne es in irgendeiner Weise zu skandalisieren. Es geht einfach darum, wer Zugang zu politischen Entschei-

dern hat, wem es gelingt, sich Gehör zu verschaffen.

Ich hielte eine Bündelung für zielführender - eine Bündelung ohne eine Auswertung und ohne ausdrücklich einen Strich darunter zu ziehen und von einem Fazit und davon zu sprechen, die Wissenschaft sei jetzt insgesamt der Auffassung, man müsse dieses oder jenes tun. Dabei geht es mir um einen Pool, mit dem man auf alle Forschungsergebnisse, die es zu dem Feld der Pandemie gibt, zugreifen kann.

Ich will gleich einschränkend dazu sagen: Das müsste allerdings so organisiert sein, dass über eine solche Poolbildung am Ende nicht doch so etwas wie ein Ersatzentscheidergremium entsteht, das sagt, die Wissenschaft sei insgesamt der Meinung, es müsse jetzt in diese oder jene Richtung gehen. Das hielte ich - da bin ich absolut bei Herrn Grascha - für fatal.

Übrigens gibt es Beispiele in beide Richtungen. Es gibt Wissenschaftler, die ihre These dadurch untermauern, dass sie sagen, etwas Bestimmtes müsse aber jetzt unbedingt gemacht werden; sonst - ich weiß es nicht mehr, ob das der genaue Wortlaut war - verliere man den Glauben an die Politik, und andere Wissenschaftler, die ihre wissenschaftlichen Erkenntnissen pausenlos gleich mit politischen Handlungsempfehlungen versehen und beispielsweise sagen: Wissenschaftlich ist es soundso; deshalb rate ich der Politik, jetzt die Gaststätten zu öffnen oder zu schließen oder dies oder jenes zu tun. Das ist hoch problematisch.

Insofern schwebt mir auch eine Trennung vor. Es geht mir um einen Pool, eine Sammlung vor, auf die man zugreifen kann, wenn man etwas wissen will. Damit ergibt sich eine Bandbreite von Wissenschaftlern, die unterschiedliche Forschungsansätze und -ergebnisse abbilden können.

Abg. **Dr. Thela Wernstedt** (SPD): Wir brauchen zwingend - das haben wir auch - so etwas wie Bundesinstitute, in denen für bestimmte Fragestellungen wissenschaftliche Expertise gesammelt wird, wo auch neue Erkenntnisse ständig ausgewertet und dann in bestimmte Prozesse eingebunden werden, so wie wir das jetzt beim RKI, beim Paul-Ehrlich-Institut und den verschiedenen Kommissionen erleben. Das kann Politik nicht alles in dieser Trennschärfe wissen. Das würde eine Überforderung bedeuten.

Ich will jetzt nicht darauf eingehen, ob es einen Corona-Beirat geben sollte oder nicht, aber wir müssen uns die Frage mit in die Zukunft nehmen, wie komplex wir ein solches Geschehen wahrnehmen. Eine Gesellschaft - das erleben wir jetzt - besteht nicht nur aus Menschen, die sich infizieren, sondern auch aus Menschen, die zur Schule gehen müssen, zur Uni gehen müssen, die arbeiten wollen, die Geld verdienen müssen. Um diese große Gesamtheit wenigstens ansatzweise in den Blick zu nehmen, braucht es - wir haben ja versucht, das hier darzustellen - sehr viele Sichtweisen auf das Geschehen. Das sollte sozialwissenschaftlich, aber auch ökonomisch, medizinisch, mathematiktheoretisch und anderweitig betrachtet werden.

Ich glaube, eine der Erkenntnisse, wie auch immer wir es dann im neuen Fall ausformulieren, sollte sein, dass wir keine Blickverengung auf zwei Wissenschaften, sondern eher eine Blickweitung brauchen. Darüber, wie man Politikberatung organisiert und Erkenntnisse aktuell hält, müssen wir uns noch verschärft Gedanken machen. Ich glaube, das können wir in den kommenden Wochen auch tun.

Natürlich entscheidet am Ende die Politik. Sie kann zwar nicht die wissenschaftliche Expertise haben. Aber sie sollte in den Parlamenten und auch in den Ministerien so viel eigenes Urteilsvermögen haben, dass sie letztlich auch den Mut hat, Entscheidungen zu treffen, und nicht nur auf Wissenschaftler hört. Insoweit haben wir als Parteimitglieder eine Mitverantwortung, beispielsweise bei der Aufstellung von Kandidaten, damit wir immer genügend Leute mit einer entsprechenden Expertise haben.

Vors. Abg. **Kai Seefried** (CDU): Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Wir werden die Aussprache am 1. März in einer komplett dafür vorgesehenen Ausschusssitzung fortsetzen. Hierzu meine Bitte an die Fraktionen, dass die wissenschaftlichen Referenten den Bericht für das Zwischenfazit für diesen Bereich in diesem Zeitplan mit vorsehen, damit wir dann bereits konkreter werden können, auch was die weitere Gestaltung des Abschlussberichts angeht.

Damit können wir Tagesordnungspunkt 2 schließen.





Tagesordnungspunkt 3:

### **Terminierung der Abläufe und Inhalte der nächsten Sitzungen**

Vors. Abg. **Kai Seefried** (CDU) wies darauf hin, dass für die Unterrichtung durch die Landesregierung zum **Themenblock 3** „Bildung, Schule, Kultur, Ehrenamt und Sport in Zeiten einer Pandemie“ in der Sitzung am 8. März 2021 der folgende Zeitplan vorgesehen sei: ab 13.00 Uhr Unterrichtung durch StS Manke (MI), ab 14.00 Uhr Unterrichtung durch StS Scholz (MS), ab 14.45 Uhr Unterrichtung durch Minister Tonne (MK) und ab 15.45 Uhr Unterrichtung durch Minister Thümler (MWK).

Die mündliche Anhörung zu dem Themenblock 3 werde in den Sitzungen am 22. März und 12. April 2021 stattfinden. Die Anhörung am 22. März 2021 werde nach dem aktuellen Planungsstand bis etwa 18 Uhr dauern.

Mit der Behandlung des **Themenblocks 4** „Öffentlicher Gesundheitsdienst, kommunale Umsetzung, Krankenhäuser, Auswirkungen auf die Altenheime und Familien in Zeiten einer Pandemie, Pandemie-Plan des Landes“ werde der Ausschuss in der Sitzung am 19. April 2021 mit der Unterrichtung durch die Landesregierung beginnen. An die Fraktionen richte sich die Bitte, dem Büro des Sonderausschusses rechtzeitig bis zum 22. März 2021 die Vorschläge zuzuleiten, welche Personen, Verbände und Institutionen in der Sitzung am 3. Mai 2021 zu diesem Themenblock angehört werden sollten.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden beschloss der **Ausschuss**, für den 20. September und 4. Oktober 2021 zusätzliche Sitzungstermine für die Erörterung und Fertigstellung des Abschlussberichts anzuberaumen.

Abg. **Christian Grascha** (FDP) regte an, zeitnah zwischen den Fraktionen eine Verständigung darüber herbeizuführen, wie viele Anzuhörende von den großen und kleinen Fraktionen jeweils für die Anhörung zum Themenblock 4 vorgeschlagen werden könnten.

Vors. Abg. **Kai Seefried** (CDU) rief in Erinnerung, dass der Ausschuss zu Beginn seiner Beratungen einen Schlüssel von 2-2-1-1 für die Benennung

von Anzuhörenden durch die großen und kleinen Fraktionen vereinbart habe. Bislang sei er aber immer davon abgewichen. Wenn die Fraktionen bis zu der Sitzung am 1. März 2021 eine Klärung bezüglich ihrer Anhörungswünsche herbeiführten, könnte sich der Ausschuss möglicherweise bereits in dieser Sitzung eine Meinung über den Schlüssel für diese Anhörung bilden.

Abg. **Jens Nacke** (CDU) war mit dem Verfahrensvorschlag des Vorsitzenden einverstanden. Er hielt es aber für ausreichend, die konkrete Abstimmung über den Kreis der Anzuhörenden am Rande des März-Plenarsitzungsabschnitts vorzunehmen.

\*\*\*